

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 188 · 16. JAHRGANG · AUSGABE 9/2010 VOM 7. SEPTEMBER 2010 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Daran sollte dabei
gedacht werden...**

Orstvorsteher Zinn zur 380-kV-Leitung

8 | **Gewerkschaft zwischen
»Wende« und »Anschluß«**

1990: Der Sommer der Begierde (2)

14 | **»Na, wo fehlt
es uns denn ...?«**

Erfahrungen im Wartezimmer

Bürgerhaushalt in der Stadt Eberswalde:

Der vierte Versuch

In der Ferienzeit hatten die Eberswalder Bürgerinnen und Bürger vom 5. bis 30. Juli vier Wochen lang Zeit, die Angaben der Stadtverwaltung zum Investitionsplan 2011 bis 2014 zu studieren und ihre Ideen in den Bürgerhaushalt 2011 einzubringen.

Nun liegt der Bürgerhaushalt den Eberswalder Stadtverordneten zur Beratung vor. Am 16. September berät der Finanzausschuß darüber. Je nach Thema werden auch in weiteren Ausschüssen Vorberatungen stattfinden. Am 30. September entscheidet dann die Stadtverordnetenversammlung am 30. September über die Beschlußvorlagen der Kämmererei zum Bürgerhaushalt.

Richtigerweise müßte es heißen, daß *Vorschläge* für den Bürgerhaushalt vorliegen. Einen Bürgerhaushalt gibt es auch 2011 nicht, denn der Investitionsplan ist nicht das Ergebnis der Bürgerbeteiligung. Beteiligt haben sich nur 6 Bürger mit insgesamt 10 Vorschlägen.

Vier Vorschläge werden den Stadtverordneten zur Ablehnung empfohlen, vier Vorschläge sollen ganz, ein Vorschlag teilweise angenommen und ein weiterer Vorschlag geprüft werden. Die zur Annahme empfohlenen Vorschläge verursachen im Investitionsplan keinen finanziellen Aufwand bis auf einen Vorschlag. Dieser beinhaltet den DSL-Anschluß für die Clara-Zetkin-Siedlung, für den die Stadt 14.500 Euro aufwenden will, falls es dafür keine Förderung gibt. Dies ist dann auch die einzige Änderung, die die Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2011 auf den Investitionsplan haben, falls die Maßnahme überhaupt Bestandteil des Investitionsplanes wird.

Damit ist der Bürgerhaushalt 2011 ein Flop – nicht einmal mehr tauglich, als schönes Aushängeschildchen und Feigenblatt zu fungieren. Bürgerbeteiligung sieht anders aus.

Eine erfolgreiche Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an der Erarbeitung des Bürgerhaushaltes erfordert zuallererst fundierte Informationen. Das war mit dem Verwaltungsentwurf nicht gegeben. Notwendig wäre ferner ein Disput mit den Einwohnerinnen und Ein-



Das Grundstück in der Puschkinstraße 13 durch private Investoren zu entwickeln, ist einer der Vorschläge zum Bürgerhaushalt. Die Verwaltung empfiehlt den Stadtverordneten, diesen Vorschlag abzulehnen. Das hier vorgesehene »Bürgerbildungszentrum« soll wie geplant durch die Stadt finanziert und errichtet werden. Dafür sind 5 Millionen Euro vorgesehen.

wohnern über die Vorstellungen der Verwaltung zum Investitionsplan und die darin enthaltenen Maßnahmen (mit dem Angebot von alternativen Maßnahmen zur Auswahl) gewesen. Sinnvollerweise in Einwohnerversammlungen – am besten in den Ortsteilen. Doch davon bisher keine Spur.

Nach diesem vierten (Fehl-)Versuch besteht nun hinreichend Veranlassung, in der StVV eine grundsätzliche Diskussion über eine sinnvolle Bürgerbeteiligung zu führen.

ALBRECHT TRILLER

Bündnisgrüne und FDP bringen Erdkabelgesetz ein

»Netzausbau ja, aber umwelt- und sozialverträglich«

Potsdam (fdp/grüne). Die Fraktionen von FDP und Bündnis90/Die Grünen im Landtag Brandenburg haben gemeinsam einen Gesetzentwurf zur Erdverkabelung eingebracht. Danach sollen Hochspannungsleitungen bis zu 110 Kilovolt grundsätzlich als Erdkabel errichtet werden. Höchstspannungsleitungen mit einer Nennspannung von mehr als 110 Kilovolt, wie zum Beispiel die geplante Uckermarkleitung, sollen dem Gesetzesentwurf zufolge in Teilbereichen als Erdkabel errichtet werden, wenn bestimmte Mindestabstände zu Wohngebäuden unterschritten oder geschützte Gebiete gequert werden.

Nach der Energiestrategie des Landes sei ein weiterer Ausbau der Erneuerbaren Energien unabdingbar. Durch den bisherigen langsamen Ausbau der Stromnetze ergeben sich jedoch immer wieder Engpässe, die dazu führten, daß die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen gedrosselt wurde. Das gefährde das Erreichen der Ziele der Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg. Der Netzausbau sei

eine wesentliche Voraussetzung für die Ausweitung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien, sagten der energiepolitische Sprecher der FDP Gregor Beyer und der Fraktionsvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen Axel Vogel. Das Gesetz werde die Akzeptanz für den notwendigen Netzausbau in Brandenburg deutlich erhöhen. Probleme für die Gesundheit infolge elektromagnetischer Strahlung, Konflikte mit dem Naturschutz und Beeinträchtigungen des Tourismus und der Erholungsnutzung durch Eingriffe in das Landschaftsbild seien bei Erdkabeln im Vergleich zu Freileitungen deutlich geringer. Das Gesetz trage sowohl ökologischen als auch ökonomischen Gesichtspunkten ausgewogen Rechnung.

Der Neubau von Freileitungen führe aus den genannten Gründen immer wieder zu Akzeptanzproblemen bei der lokalen Bevölkerung. Dies habe vermeidbare gerichtliche Auseinandersetzungen zur Folge, die den Stromnetzausbau erheblich verlangsamen.

Sehr geehrte Marquise von S.,

Sie wundern sich sicherlich über die vielen aufgeregten Bürger, die anscheinend etwas gegen eine neue Stromleitung haben. Machen Sie sich nichts daraus, das hat schon seine Richtigkeit. Wir nennen das den Fortschritt.

Früher, zu Ihren Zeiten hat man sich noch gefreut, als endlich Licht in die Uckermark kam. Die billigsten Leitungen wurden auf dem kürzesten Weg vom Kraftwerk zum Verbraucher in die Landschaft gehängt. Für einen guten Kunden hat man auch noch kleine Umwege in Kauf genommen. Die Herren Ingenieure und Gutsbesitzer wußten schon, was für uns alle richtig und gut ist.

Heute ist das eben anders. Zum einen durchziehen schon recht viele Leitungen unsere Landschaften und sichern die Versorgung mit elektrischer Energie. Zum andern machen sich die Leute ihre Gedanken, wie man die Energieversorgung auch für die Zukunft zuverlässig gestalten kann und mit dem Geld vernünftig umgeht. Da gibt es viel zu bedenken. Ihre Argumente sind auf jeden Fall hilfreich, auch wenn das die Planer und Behörden nervt. Der Fortschritt äußert sich in Einwänden und führt zu Diskussionen. Und Fortschritt dauert.

Brauchen wir überhaupt eine neue große Leitung, wenn jeder zweite in seinem Keller und fast jede Fabrik ein kleines Kraftwerk bauen wollen, die Geräte immer weniger Strom brauchen und die Leute für das gute Klima sparen, wo sie nur können? Wer soll denn überhaupt noch Strom kaufen, wenn die jungen Frauen alle in den Westen ziehen und dort ihre Kinder in die Welt setzen? Hat man bedacht, daß man die bestehenden Leitungen hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit optimieren kann? Gibt es nicht bessere Wege, Materialien und Technologien? Warum muß man in die Höhe bauen und legt die Leitungen nicht in die Erde? Ist es nicht ökonomischer, wenn man dicke, gut isolierte Kabel verlegt, statt dünne, schlecht isolierte Leitungen in die Luft zu hängen? Und will man Investitionen oder Strom sparen? Was kostet der Ausgleich des Landschaftsbildes und wie werden die Vögel auf die neuen Leitungen reagieren?

Sehr geehrte Frau Marquise von S., so ist das mit dem Fortschritt, kompliziert und anstrengend. Ich bin mir sicher, Sie würden sich über die vielen aktiven Menschen freuen. Die Damen und Herren Ingenieure und Beamte werden die kollektive Klugheit sicher auch schätzen lernen. Auf diese Weise bekommen wir eine ordentliche Planung und vielleicht muß das Geld für eine neue Leitung gar nicht ausgegeben werden. Denn auch die preußische Sparsamkeit gehört zum Fortschritt. Deshalb sollten wir alle nachdenken, bevor wir handeln. Denn soviel Zeit muß einfach sein.

Die Austreibung des Höchstspannungsmasts

Mit Spilwut gegen die »Uckermarkleitung«



Eberswalde/Angermünde (bbp). Der gemeinsame Protest vertreibt den daherstehenden Hochspannungsmast. So der verkürzte Inhalt des Straßentheaters, mit dem die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« zusammen mit der Gruppe »Spilwut« am 31. August und 1. September auf den Marktplätzen in Eberswalde und Angermünde die Bürgerinnen und Bürger zum Protest gegen die geplante 380-kV-Freileitung aufrief. Konkret ging es dabei um die Wahrnehmung der Beteiligungsrechte im aktuellen Planfeststellungsverfahren, das am 27. September endet. Bis zu diesem Termin müssen eventuelle Einwendungen im Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, Inselstr. 26, 03046 Cottbus eingegangen sein.

Neben Grundeigentümern und unmittelbaren Trassenanliegern, können auch alle, die von der Leitung indirekt betroffen sind, Einwendungen erheben. Trassenkritiker Hartmut Lindner nennt u.a. Menschen, die das Biosphärenreservat oder den Naturpark Barnim zur Erholung aufsuchen und von der Freileitung

verjagt würden. Auf ihrer Homepage www.biosphaere.de hat die Bürgerinitiative eine Anleitung und einen Mustertext für Einwendungen eingestellt.

Auch die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm (Bündnis 90/Die Grünen) forderte die Bürgerinnen und Bürger, Gemeinden und Naturschutzverbände auf, von ihren Beteiligungsrechten Gebrauch zu machen. »Dazu möchte ich nachdrücklich alle ermutigen, denn nur die so eingebrachten Einwände sind in einer eventuellen Klage noch von Bedeutung.« Die Hochspannungstrasse, so Behm, solle durch die einzigartige Landschaft des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin verlaufen, das unter dem Schutz der UNESCO steht. »Es ist nicht einzusehen, warum hier die unterirdische Verlegung aus Kostengründen abgelehnt wird. Das Bundesumweltministerium hat berechnet, daß die Verlegung von Erdkabeln für bundesweit alle sensiblen Strecken einen 3-köpfigen Durchschnittshaushalt lediglich mit 1 bis 6 Cent im Monat belasten würde. Das halte ich für absolut vertretbar.«, sagt die Abgeordnete.

Einwohnerversammlungen in Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Herzlich willkommen sind alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt ab September 2010 wieder zu den jährlichen Einwohnerversammlungen. Bürgermeister Friedhelm Boginski lädt gemeinsam mit den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern dazu ein. Den Auftakt gibt es im Ortsteil Sommerfelde. Die Einwohnerversammlungen beginnen jeweils um 18.30 Uhr.

Folgende Termine sind geplant:

7. September 2010, Ortsteil Spechthausen, Restaurant »Waldhof«, Spechthausen Nr. 39, Ortsvorsteher Karl-Heinz Fiedler

9. September 2010, Ortsteil Sommerfelde, Dienstgebäude Freiwillige Feuerwehr, An der Rüstler 2, Ortsvorsteher Werner Jorde

13. September 2010, Ortsteil Tornow, Dienstgebäude Freiwillige Feuerwehr, Hinterstraße 18, Ortsvorsteher Rudi Küter

12. Oktober 2010, Ortsteil Eberswalde 2, Karl-Sellheim-Schule, Aula Grundschulteil, Drehnitzstraße 51, Ortsvorsteher Hans Pieper

14. Oktober 2010, Ortsteil Brandenburgisches Viertel, Bürgerzentrum, Schorfheide Straße 13, Ortsvorsteher Carsten Zinn

18. Oktober 2010, Ortsteil Eberswalde 2, Oberstufenzentrum II Barnim (OSZ II) Alexander-von-Humboldt-Straße 40, Ortsvorsteher Hans Pieper

20. Oktober 2010, Ortsteil Finow, Grundschule Finow, Aula, Ortsvorsteher Arnold Kuchenbecker

26. Oktober 2010, Ortsteil Eberswalde 1, Haus Schwärzetal, Ortsvorsteherin Karen Oehler

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Stellungnahme von CARSTEN ZINN, Ortsvorstehers des Brandenburgischen Viertels in Eberswalde:

Daran sollte dabei gedacht werden...

Planfeststellungsverfahren Neubau der 380-kV-Freileitung Bertikow – Neuenhagen (Uckermarkleitung)

1. Einwände gegen die Trassenführung

Die Freileitungstrasse von Bertikow nach Neuenhagen quert drei sensible Großschutzgebiete (das europäische Vogelschutzgebiet Randow-Welse-Bruch, das UNESCO Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, den Naturpark Barnim), so daß sich die Frage erhebt, weshalb diese Trasse im Raumordnungsverfahren als »bedingt genehmigungsfähig« beurteilt werden konnte. Die Querung Eberswaldes auf einem sehr schmalen Trassenkorridor in den Ortsteilen Finow und Brandenburgisches Viertel erscheint als ausgesprochen problematisch.

Die Großschutzgebiete, deren Ziele durch die Freileitung gefährdet werden, dienen nicht nur den Einwohnern des Brandenburgischen Viertels, sondern allen Eberswaldern als Naherholungsgebiete, so daß deren Interessen durch die geplante Freileitung verletzt werden.

2. Mangelhafte Begründung der Notwendigkeit

Die Notwendigkeit der Maßnahme ist im Erläuterungsbericht (Ordner 1.2) nicht ausreichend dargelegt. Hier wird nicht auf die Durchleitungskapazität der beantragten Freileitung eingegangen, sondern nur ganz allgemein von der Notwendigkeit der Erhöhung der Übertragungskapazität gesprochen (Erläuterungsbericht, S. 9-40). Nur an einer einzigen Stelle (S. 42) findet sich bei der Prüfung von Alternativen zum Bau einer 380-kV-Freileitung durch Leitungen anderer Spannungsebenen der Hinweis, daß eine Übertragungskapazität von 3.600 Megawatt angestrebt wird, wobei auch hier diese Dimensionierung nicht begründet wird...

3. Überdimensionierung der Leitung

Da die geplante Leitung von 3.600 Megawatt die 4,5 fache Übertragungskapazität der bestehenden 220-kV-Freileitung aufweist, liegt der Verdacht nahe, daß diese Leitung überdimensioniert ist. Dieser Verdacht wird dadurch erhärtet, daß der Antragsteller zusagt, nach der Inbetriebnahme der 380-kV-Freileitung die bestehende 220-kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen abzubauen...

Eine überdimensionierte Freileitung ist mit den Kriterien der TEN-E Leitlinie nicht vereinbar, die den Nachweis der Notwendigkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit fordern.

4. Unzureichende Prüfung von Alternativen

– *alternative Trassierungen*

Bereits im Raumordnungsverfahren wurde auf die Prüfung von alternativen Trassierungen verzichtet. Alle Varianten, die untersucht wurden, mißachten die Großschutzgebiete Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und Naturpark Barnim. Alle Varianten beinhalteten die Querung Eberswaldes! Nicht geprüft wurden die Möglichkeiten einer westlichen Umge-

hung der Schutzgebiete und Eberswaldes durch eine Trassierung auf der Linie Oranienburg, Fürstenberg, Neustrelitz und eine östliche Umgehung des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin entlang der vorhandenen 110-kV-Freileitung von Angermünde über Parstein - Oderberg - westlich von Freienwalde nach Grüntal zur 220-kV-Freileitung. Diese Trasse hätte den Vorzug, daß die Querung Eberswaldes vermieden würde, wenn auch der Naturpark Barnim gequert würde.

– *technische Alternativen*

Bereits im Raumordnungsverfahren wurde eine Erdverkabelung verworfen, ohne diese technische Lösung näher geprüft zu haben. Die Erdverkabelung in sensiblen Bereichen, z.B. bei der Querung Eberswaldes wird nicht erwogen, obwohl die Stellungnahme der Stadt Eberswalde zum Raumordnungsverfahren dies forderte.

Prof. Jarass hat bei der Rennsteigleitung nachgewiesen, daß durch eine Neubeseilung und ein Leitungsmonitoring die Erhöhung der Übertragungskapazität einer bestehenden Leitung um 100 % gewährleistet werden kann, die nur 60 % der Kosten eines Neubaus erfordern. Die Alternative Leitungsverstärkung wurde nicht geprüft, obwohl der Projektant behauptet, er folge der Linie Leitungsoptimierung vor Verstärkung vor Neubau (Erläuterungsbericht, S. 39). Stattdessen präsentieren die Planer den absurden Vorschlag die 380-kV-Freileitung durch fünf 220-kV-Trassen oder fünfzehn 110-kV-Trassen zu ersetzen, um ihn zu verwerfen.

4. Mißachtung der Mindestabstände bei der Querung des Brandenburgischen Viertels

Die 380-kV-Freileitung verläuft parallel zur bestehenden 220-kV-Freileitung und zur Straße Zum Schwärzensee in einer Entfernung, die nicht den in dem Gutachten »Biologische Wirkungen elektromagnetischer Felder« (Anlage 13.1.5, S.6) angemahnten Mindestabständen zur Wohnbebauung von 100 m bis 200 m entspricht. Unmittelbar hinter dem Wohnblock, auf dem Kartenmaterial nicht mehr verzeichnet, liegen die Grundschule »Schwärzensee« (Kyritzer Str. 17), der Verkehrsgarten (Havelland Str. 15) und die Märkische Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt »geistige Entwicklung« (Rheinsberger Str. 36). Diese wurden bei der Trassierung und in der Umweltverträglichkeitsstudie nicht berücksichtigt.

5. Fragwürdige Berechnungen der elektrischen und magnetischen Feldstärken

In Anlage 13.1. finden sich mehrere Gutachten eines unabhängigen sachverständigen Büros, die die Unbedenklichkeit der durch die Freileitung generierten elektrischen und magnetischen Felder belegen sollen. Alle vorgelegten Gutachten gehen von einem maximalen Betriebsstrom von 1.360 Ampere pro System

der 380-kV-Freileitung aus. Prof. Jarass hat darauf hingewiesen, daß die Grenzstromstärke für die angegebene Beseilung laut DIN 48204 bei 2.560 A liegt. Diese Stromstärke ist bei der Berechnung der EMF im Genehmigungsverfahren zugrunde zu legen. Die vorgelegten Gutachten sind somit hinfällig. Der Nachweis der Unbedenklichkeit der beantragten 3.600 Megawatt-Leitung bezogen auf das Schutzgut »Mensch« wurde nicht erbracht. Dies gilt auch für die beigelegten Gutachten zur Berechnung der Schallpegel. Dem Gutachten (Anlage 13.2.1., S. 7) zur Schallmessung aus dem Jahr 1999 ist immerhin zu entnehmen, daß bei einem Durchfluß von mehr als 1.000 MW bei hoher Luftfeuchtigkeit die Richtwerte der TA Lärm überschritten werden können.

6. Überprägung des Ortsbildes durch die Errichtung von mehreren Masten mit bis zu 60 m Höhe

Die beantragte Trasse verläuft unmittelbar neben der Straße Zum Schwärzensee. Die Zweiebenenmasten (WA1/D16, WA2/D16 und T1/D16) von 50 m bis 60 m Höhe, die bei der Querung Eberswaldes eingesetzt werden sollen, überprägen das Erscheinungsbild der Stadt, so daß die Leitung von den Einwohnern tagtäglich wahrgenommen werden.

Die Zerstörung des Landschaftsbildes im Umfeld (Naturpark Barnim, Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin) mindert den Erholungswert des weiteren regionalen Umfelds.

7. Mögliche Wertverluste von Immobilien

Im Bereich Brandenburgischen Viertel und Finow-Ost befinden sich Immobilien im Besitz der Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH, der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow e.G. und weiterer Eigentümer, für die wegen ihrer Tassennähe ein Wertverlust von bis zu 30 % zu befürchten ist. Die Wertverluste der Immobilien werden durch den Netzbetreiber nicht kompensiert.

8. Abschließende Beurteilung

Zur Wahrung der Belange der Einwohner des Brandenburgischen Viertels ist das Planungsvorhaben als nicht genehmigungsfähig einzustufen und dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe zu empfehlen zu einem für den Antragsteller negativen Planfeststellungsbeschluß zu kommen. Der Nachweis der Umweltverträglichkeit bezogen auf das Schutzgut »Mensch« wurde nicht geleistet und damit eine Bedingung des Ergebnisses des Raumordnungsverfahrens nicht erfüllt. Der mangelnde Nachweis der Notwendigkeit der Leitung, die Überdimensionierung der Leitung und die fehlende Wirtschaftlichkeit schließen ebenfalls eine Genehmigung aus. Die mangelnde Alternativenprüfung kann als Verfahrensfehler in einem möglichen Gerichtsverfahren von erheblicher Bedeutung sein.

Satt zu essen für die Sinne

»Roter Mohn« zum Weltfriedenstag

Der rote Mohn ist widerstandsfähig wie wir Menschen, sang Kerstin Kaiser. Er trotz Hitze und Kälte und blüht immer wieder auf.

Dies wollte die Politikerin der LINKEN auch als Motto ihres Lebens sehen: Niemals seine Ideale und Träume aufzugeben. Mit einem nachdenklichen und poetischen Programm von Folk- und Antikriegsliedern war Kerstin Kaiser am 1. September, dem Weltfriedenstag, in Bernau zu Gast. Musikalisch begleitet wurde sie von den Musikern Jörg Kokott und Ron Randolph. Der Kulturbund Niederbarnim hatte zu der poetischen Veranstaltung eingeladen. Otto Schwabe, der Vorsitzende des Kulturbundes erinnerte daran, was sich die Überlebenden 1945 geschworen hatten: Nie wieder Krieg! Niemals mehr soll von deutschem Boden Krieg ausgehen!

Er mahnte die zahlreich erschienen Gäste, dies niemals zu vergessen. Gerade heute, wo es fast schon wieder selbstverständlich geworden sei, daß deutsche Soldaten wieder in den Krieg ziehen. In Afghanistan und an vielen anderen Orten der Welt. Wer dazu schweige, mache sich verantwortlich und kein Alter, keine persönliche Kränkung, kein Statusverlust, keine Enttäuschung über ein verlorenes Ideal sprächen ihn davon frei, zitierte er Prof. Pubanz, den Präsidenten des Kulturbundes Mecklenburg-Vorpommern.



Dazu paßten die Lieder, die Kerstin Kaiser mit ihrer warmen, aber doch kräftigen Alt-Stimme sang. Mit »Es kann ja nicht immer so bleiben«, einem Lied über die Pariser Kommune, wurde das Programm eröffnet. Mit Liedern nach Texten des Pazifisten Erich Fried und anderen Poeten, kongenial vertont von Jörg Kokott, dem Musiker an ihrer Seite, wurde es fortgesetzt. Lieder von Gundermann und Asriel ergänzten das Programm.

Poesie und Politik sei für sie kein Gegensatz, so die Politikerin und Sängerin Kerstin Kaiser, die mit anrührenden und nachdenklichen Worten durch das Programm führte. Im Gegenteil, mit ihren Liedern wolle sie ausdrücken, was sie im Inneren fühle. daß dies vom Publikum verstanden und aufgenommen wurde, bewies der starke Beifall, besonders bei ihrer mit viel Gefühl vorgetragenen russischen Romanze dem »Walzer des Lebens« – eine Reminiszenz an ihre Studienstadt Leningrad.

MARGOT ZIEMANN

Die Mühlen mahlen langsam

Am 26.08.2010 titelte RBB-Online: »Ex-Bürgermeister Schulz muß doch vor Gericht«. Tags darauf wußte das auch die MOZ: »Ex-Bürgermeister Schulz muß erneut vor Gericht«. Bis dahin waren alle Versuche, etwas über den Stand des Verfahrens zu erfahren, erfolglos (vgl. BBP 2/2010). Mit Schreiben vom 26.01.2010 hatte mir das Brandenburgische Oberlandesgericht mitgeteilt, daß mir keine Auskünfte erteilt werden könnten, da ich nicht auskunftsberechtigt sei. Auch die Stadtverwaltung erklärte, daß sie keine Auskunft bekäme. Meine Anregung an die »MOZ im Leserauftrag« am 29.05.2010, Licht in das Dunkel zu bringen, blieb ohne Reaktion. Erst nach einem Gespräch mit einem Journalisten des RBB kam dann die oben genannte Information in RBB-Online.

Nun, vier Jahre nach Aufdeckung des Spendenskandals im Zusammenhang mit dem Verkauf der Stadtwerkeanteile wurde entschieden, daß das Hauptverfahren beim Landgericht Frankfurt /Oder eröffnet werden wird.

Zwei Jahre brauchte die Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft in Neuruppin, um die Anklageschrift beim Landgericht Frankfurt einzureichen. Zwei weitere Jahre wurden gebraucht, um zur Entscheidung zu kommen, ob das Hauptverfahren vollumfänglich eröffnet wird (was das Landgericht Frankfurt/Oder abgelehnt hatte). Das Oberlandesgericht hat das jetzt entschieden. Wie lange es dauert, bis die Anklage verhandelt und ein Urteil gefällt wird, ist ungewiß. Ein eventueller Einspruch gegen das Urteil wird noch einmal viel Zeit verstreichen lassen. Vergehen und rechtskräftiges Urteil liegen dann weit auseinander. Da stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Wirksamkeit der deutschen Gerichtsbarkeit.

Eine zügige Verfahrensführung muß zu einer raschen Aufklärung des Sachverhaltes, der Ursachen und Zusammenhänge führen, damit der/die Schuldige/n zur Verantwortung und

Schlußfolgerungen gezogen werden können. Es ist auch für den Angeklagten eine Zumutung, über Jahre hinweg im Unklaren gelassen zu werden, und mit möglicherweise unberechtigten Vorwürfen leben zu müssen. Wenn, wie im vorliegenden Fall, Gesetzesverletzungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit einer Stadtverwaltung erfolgten, dann sind die rasche Aufklärung und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen besonders wichtig.

Nach Abwahl von Schulz und Wahl des neuen Bürgermeisters Boginski wurde eine zügige und lückenlose Aufklärung versprochen. Zwar wurden Festlegungen zum Umgang mit Spenden getroffen, aber eine vollständige Aufklärung wurde mit Verweis auf die noch offenen staatsanwaltlichen Ermittlungen nicht realisiert. Für arbeitsrechtliche Konsequenzen hat die Verwaltung die Fristen verstreichen lassen. Selbst eine Darstellung, wie der Spendenskandal überhaupt möglich war, und welche Mitarbeiter der Stadtverwaltung Pflichten in diesem Zusammenhang verletzt haben, gibt es bis heute nicht. Daß die Öffentlichkeit über den Stand des Verfahrens nicht informiert wurde, ist weder zu verstehen noch zu akzeptieren. Ein Bürgermeister ist eine öffentliche Person und die zu verfolgenden Straftaten sind in einem öffentlichen Amt begangen worden. Am Ende heißt es dann noch, es bestehe kein öffentliches Interesse, wie es im Falle der Ermittlungen gegen die »edlen Spender« E.ON edis und EWE (Käufer der Stadtwerkeanteile) hieß, die gegen ein Geldbuße von mehreren 100.000 Euro pro Unternehmen eingestellt wurden (siehe MOZ vom 29./30.9.2007).

Noch ehe der Spendenskandal endgültig abgeschlossen ist, zeigt die aktuelle Praxis, daß die Stadtverordneten die Angelegenheit schon wieder vergessen haben, denn sie beschlossen eine Spendenannahme ohne Veröffentlichung des (öffentlich-rechtlichen!) Spenders.

ALBRECHT TRILLER

1. Barnimer Gesprächskreis der Naumann-Stiftung:

Doppischer Haushalt wird diskutiert

Am Samstag, 11. September, 10 Uhr, lädt die »Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit« ins Hotel Palmenhof in Eberswalde (Friedrich-Ebert-Straße 17, im Haus am Markt) zum ersten Barnimer Gesprächskreis. In dieser neuen öffentlichen Veranstaltungsreihe kommen aktuelle kommunalpolitische Themen auf den Prüfstand. Das erste Thema wird der Doppische Haushalt sein, der ab 2011 auch in der Stadt Eberswalde eingeführt werden muß.

Die Umstellung zu einer ergebnisorientierten Haushaltsteuerung erfordert neben der Einführung der doppelten Buchführung auch den Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung (KLR). Die KLR dient sowohl der Verwaltung als auch der Kontrolle der Wirtschaftlichkeit und der Leistungsfähigkeit der Verwal-

tungstätigkeit und zur Bestimmung des Zielerreichungsgrades. Mit der Einführung des ergebnisorientierten Haushalts ändern sich nicht nur Darstellung und Bewirtschaftungsrichtlinien des Haushalts, sondern auch die Anforderungen und die Möglichkeiten der Politik, auf das Verwaltungshandeln Einfluß zu nehmen.

Im ersten Barnimer Gesprächskreis werden zunächst die Grundzüge des Doppischen Haushaltes durch Christian Erdmann, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes der Landeshauptstadt Potsdam, vorgestellt und im Anschluß ausführlich diskutiert. Dabei sollen besonders die Fragen der Teilnehmer im Vordergrund stehen. Durch die Veranstaltung führt der FDP-Stadtverordnete Martin Hoock.

VERONIKA KOLB

»Wir müssen Bürgerengagement fördern«

Seit dem 1. September hat Eberswalde eine neue Baudezernentin

Eberswalde (bbp). »Wege entstehen, indem man sie geht«. Mit diesem Motto überschrieb die neue Baudezernentin Anne Fellner einen Brief, den sie zu ihrem Dienstantritt am 1. September an die Eberswalder Stadtverordneten versendete. Sie werde ihren Beitrag zur politischen Kultur in Eberswalde leisten, versprach sie den Volksvertretern. »Dies kann ich nur gemeinsam mit Ihnen allen und hoffe auf eine gute, offene und konstruktive Zusammenarbeit.« Für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben des Mittelzentrums und regionalen Wachstums-kerns Eberswalde und den Verantwortungsbereich der Baudezernentin sehe sie »die Herausforderung der nächsten Jahre in dem konsequenten Umsetzen eines nachhaltigen Städtebaus und der Fortsetzung einer integrativen Stadtentwicklungsplanung und des Stadumbaus«. Durch die Wiedergewinnung des Stadtzentrums sei eine wesentliche Voraussetzung geschaffen worden.

Die Verbesserung der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt sieht Anne Fellner als eine wichtige Aufgabe an. »Hierfür müssen wir neue Wege bei der Entwicklung von Beteiligungsverfahren und der Förderung des Bürgerengagements gehen.« Die »lebendige Stadt« müsse von einem breiten Konsens getragen werden, »der sich davon nährt, daß Bürger die Erfahrung machen, mit ihren Anliegen und Anregungen einen gestaltenden Einfluß nehmen zu können.« Eine weitere wesentliche Aufgabe sieht Anne Fellner in der Bewältigung der städtischen Umstrukturierungsprozesse in Folge der Veränderungen im demographischen Gefü-

ge der Stadt. Die damit einhergehenden Konsequenzen für das Wohnverhalten »werden zur größten Herausforderung dieser Dekade«. Politik und Verwaltung müßten gemeinsam an Konzepten zur Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur und dem Ausbau der Erwerbsmöglichkeiten arbeiten, damit Eberswalde ein attraktiver Arbeits- und Wohnort bleibe. »Dafür sind politische, soziale, wirtschaftliche, ökologische und städtebauliche Gegebenheiten sowie die Anforderungen der Wohnungsunternehmen und Bewohner zu einer nachhaltigen, lebenswerten Vision von der zukünftigen Entwicklung der Stadt Eberswalde zusammenzuführen.« Wichtig sei dabei, das Augenmerk auf die unterschiedlichen Stärken und Schwächen der Stadtteile zu lenken. »Ich sehe in dem Voranbringen dieses Prozesses eine meiner wesentlichen Aufgaben als Baudezernentin.« Dabei werde es keine Patentrezepte geben, vielmehr bedarf es, auch vor dem Hintergrund immer knapper werdender Haushaltsmittel, »der Kreativität und der Kooperationsbereitschaft aller beteiligten Akteure«.

Gemeinsam mit Stadtverordneten, Bürgermeister und im Team der Verwaltungsführung, mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Fachleuten in allen Dezernaten »an strategischen, fachübergreifenden und zukunftsorientierten Konzepten und deren Umsetzung zu arbeiten«, darin sieht die neue Baudezernentin ihren Auftrag. Sie hofft auf ein konstruktives Miteinander und ist gespannt auf die Vorstellungen und Anforderungen, welche die Stadtverordneten in die Zusammenarbeit einbringen.

Windkraft aus dem Wald

Eberswalde (bbp). Auf dem Territorium der Stadt Eberswalde sollen Windkraftanlagen errichtet werden. Nach entsprechenden Presseberichten nutzte Dr. Siegbert Kusserow aus Finow die Einwohnerfragestunde der Juni-Stadtverordnetenversammlung für mehrere Fragen. So wollte er wissen, ob ein Genehmigungsverfahren geplant sei und welche Möglichkeiten die Stadt habe, auf eventuelle Nachteile zu reagieren, die im Vorfeld nicht abzusehen seien. »Beabsichtigt die Stadt«, wollte Dr. Kusserow schließlich wissen, »sich für eine spätere Einflußnahme auch vertraglich abzusichern?«

Ende Juli lag die schriftliche Antwort des amtierenden Baudezernenten Udo Götze vor. Er informierte, daß zur Errichtung von Windkraftanlagen grundsätzlich ein öffentlich-rechtliches Genehmigungsverfahren erforderlich sei. »Derzeit ist kein Antrag für die Errichtung von Windkraftanlagen im Stadtgebiet anhängig«, erklärte Götze. Windvorrangflächen seien im Gebiet der Stadt Eberswalde nicht ausgewiesen. Aktuell werde »durch einen Entwickler zur Nutzung alternativer Energiequellen geprüft, ob die Voraussetzungen für Windenergieanlagen geschaffen werden können«.

Der Abschluß eines entsprechenden Nutzungsvertrages für die Errichtung und den Betrieb von Windkraftanlagen stand auf der Tagesordnung eben jener StVV-Sitzung.

Die ursprünglich beabsichtigte »Ermächtigung der Verwaltung« zum Abschluß des Vertrags wurde im Ergebnis der Vorberatungen in den Ausschüssen allerdings geändert. Nunmehr wird die Verwaltung beauftragt, den Nutzungsvertrag zunächst auszuarbeiten. »Der Vertrag bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses der Stadt Eberswalde«, heißt es schließlich im mehrheitlich angenommenen Beschlußtext.

Für den Bau der Windkraftanlagen sollen Waldflächen im Bereich des Lichterfelder Bruches sowie am Technologie- und Gewerbepark (TGE) mit einer Gesamtfläche von mehr als 32,5 Hektar in Anspruch genommen werden. Konkret wird bei jeder Windkraftanlage von der Rodung von 2.500 Quadratmetern Waldfläche ausgegangen. Dafür soll es ein jährliches Nutzungsentgelt von jeweils 5 Prozent der Nettoeinspeiserlöses, mindestens aber 20.000 Euro pro Anlage geben. Die vorgesehenen Standorte der Windkraftanlagen befinden sich im Biosphärenreservat.

Museum in der Adler-Apotheke

Wöchentlich Anfragen

Eberswalde (prest-ew/bbp). Mit einer umfassenden »Aufgabenkritik« wollen sich Stadtverwaltung und Stadtverordnete gegenwärtig für die künftig schwieriger werdende Haushaltslage in Eberswalde wappnen. Die Einsparvorschläge, die Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff mit seinen Mitarbeitern in einer Liste zusammengetragen hat, machen auch vor dem Museum in der Adler-Apotheke nicht Halt, das sich die Stadt aktuell einen Zuschuß von 162.000 Euro im Jahr kosten läßt. Konkret wird vorgeschlagen, das Museum schrittweise an den Heimatverein zu übergeben und künftig ehrenamtlich zu betreiben.

Wer das Heimatmuseum nur als Besuchsort für Touristen sieht, hat nur einen kleinen Teil der Aufgaben des Museums im Blick. Heimat- und Regionalgeschichte pflegen, erforschen, aufarbeiten, Museumsgut verwalten und erfassen, Museumspädagogik, Stadtführungen, Vorträge, Ausstellungen planen – damit ist die Aufgabenliste noch lange nicht zu Ende.

Ein weiterer Mosaikstein, der kaum Beachtung findet, aber eine ganz praktische Dienstleistung ist, die das kleine Team wöchentlich erbringt sind Rechercheanfragen zu wissenschaftlichen oder privaten Zwecken. Sie kommen nicht nur aus der Stadt und der Region, sondern zunehmend aus der ganzen BRD und darüber hinaus. Gerade erst kam eine Anfrage aus Wien für eine wissenschaftliche Arbeit. Sie betraf den Eberswalder Stadtrat Max Meyer, der hier von 1870-1914 gelebt hat. Korrekturhinweise gibt das Museum sehr häufig auch bei historisch falschen Informationen – ob bei Druckwerken oder im Internet. Das Historische Museum in Hannover war aktuell sehr dankbar für den Hinweis zum Foto der brennenden Synagoge. Eine Aufnahme, die eben nicht in der Pogromnacht 1938 entstand. Ein Blitzeinschlag hatte das Feuer bereits am 21. August 1931 ausgelöst. Auch aus Israel, aus der Ben-Gurion Universität, liegt eine Anfrage zur ältesten Eberswalder Stadtansicht aus dem Jahre 1625 vor. Das Original – ein Kupferstich von Matthäus Merian d. Ä. wird im Museum bewahrt. Nach Fotomaterial wird ebenfalls immer wieder gesucht. So gab es die Bitte um ein Foto des sowjetischen Ensembles, das einst in Eberswalde stationiert war, aus Frankfurt (Oder) von einer Bürgerin, die das Bild zur Ergänzung ihres Lebensberichtes benötigt.

»Gern helfen wir nach unseren Möglichkeiten bei wissenschaftlichen oder privaten Recherchen weiter«, so Museumspädagogin Birgit Klitzke. »Eng arbeiten wir dazu auch mit dem Kreisarchiv zusammen. Leider sind jedoch solcher Art Recherchen mit einem hohen Zeitaufwand verbunden. Deshalb bitten wir immer auch um Verständnis, daß wir dafür einfach etwas Zeit benötigen.«

Kostenfrei sind die Recherchen übrigens bei Anfragen zu wissenschaftlichen Zwecken; Nachforschungen für private Anfragen sind kostenpflichtig.

Eberswalde (bbp). Noch bis zum 28. September präsentiert die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) über ihre Außenstelle Frankfurt (Oder) im städtischen Museum in der Adler-Apotheke eine Wanderausstellung zum Thema »Postgeheimnis? Die Stasi und die Cottbuser Briefe«.

Im Begleittext des Museums heißt es dazu: »Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzbar, so hieß es im Punkt 1 des Artikels 31 der Verfassung der DDR. Das hielt die Stasi jedoch nicht davon ab, Briefe und Pakete in unermesslichem Ausmaß zu kontrollieren. Dafür gab es im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) eigens die Abteilung M, die dem Leiter der Spionageabwehr direkt unterstand. Abgeschottet vom regulären Postbetrieb sortierten die Mitarbeiter dieser Abteilung in den Hauptpostämtern 'umgeleitete' Briefe, Karten, Päckchen und Pakete. Die ausgesuchte Post wurde in technisch bestens ausgestatteten Laboren der MfS-Bezirksverwaltungen ausspioniert. Mitte der 80er Jahre bearbeitete die Stasi zunehmend die Postsendungen innerhalb der DDR. Beim Versuch, sich ein Bild vom Denken der Bürger zu machen, war dem MfS kein Aufwand zu groß. Mielkes Leute haben vor keinem Brief Halt gemacht. Zehntausende Namen finden sich so in den M-Karteien (benannt nach der Abteilung M). Wie von dem Mann aus Hoyerswerda, der eine Hundezeitschrift nach West-Berlin schickte, oder von Anja, die sich im Namen der Lieben bei der Oma für ein Paket bedankte. Auf 15 Tafeln werden Arbeitsschwer-

Museum in der Adler-Apotheke zu »20 Jahre Wende«:

Stasi, Stasi, Stasi ...

punkte der Postkontrolle des MfS veranschaulicht und anhand von Beispielen aus verschiedenen Städten und Orten des ehemaligen Bezirkes Cottbus dokumentiert.«

Ebenfalls noch bis zum 28. September ist die BStU mit der Ausstellung »Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei« im Museum in der Adler-Apotheke zu sehen. »Diese Ausstellung«, informiert die Pressestelle der Eberswalder Stadtverwaltung, »dokumentiert anhand zeitgenössischer Fotodokumente den erfolgreichen Widerstand der DDR-Bevölkerung gegen das SED-Regime und seine Geheimpolizei. Sie richtet die Aufmerksamkeit insbesondere auf die Ereignisse vor Ort und vermittelt einen lebendigen Eindruck von dem Geschehen in Brandenburg im Herbst 1989.«

Die beiden BstU-Ausstellungen begleiten die Museums-Sonderausstellung »Demokratischer Wandel – Ein Labyrinth der Erinnerungen« gezeigt. Diese Ausstellung geht den Fragen nach: Wie erlebten die Eberswalder die Wendezeit 1989/90? Wer waren die Akteure dieser bewegten Zeit? Die vermittelten Informationen reichten von der Kommunalwahl 1989 mit ihren gefälschten Ergebnissen bis zum Beitritt der DDR zur BRD 1990. Als emotionales Highlight wird Besuchergruppen der Film »Direkti-

ve 1/67« über für den Verteidigungsfall vorbereitete Isolierungslager in der DDR präsentiert. Sogar nach der Maueröffnung im November 1989 seien Eberswalder auf die Liste dieser Isolierungslager gesetzt worden.

Ergänzt wird die Ausstellungskampagne am 9. September, 18 Uhr, durch eine Podiumsdiskussion mit der Beauftragten des Landes Brandenburg zur »Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur«, Ulrike Poppe. Das Museum veranstaltet diese Diskussion gemeinsam mit dem SPD Ortsverein Eberswalde und der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark. Professor Jörn Mallok, Dekan an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, moderiert die Veranstaltung.

Zum Abschluß der Ausstellungen dürfen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stasi-Unterlagenbehörde, Außenstelle Frankfurt (Oder), das Stadtmuseum für einen Informationstag nutzen. Dabei können Bürgerinnen und Bürger Anträge auf Akteneinsicht stellen. Um 17 Uhr am 28. September referiert Rüdiger Sielaff, Außenstellenleiter der BStU-Außenstelle Frankfurt (Oder) zum Thema: »MfS – Schild und Schwert der Partei. Zum Wirken der Staatssicherheit in der Region«. Eintrittspreise werden für diese Veranstaltung nicht erhoben.

Westdeutscher Zoll filzte bis 1990 DDR-Post

Berlin (bbp). Die Bundesregierung hat zugegeben, daß bis 1990 Post aus der DDR von westdeutschen Behörden kontrolliert worden ist. Das geht aus der Antwort vom 18. Dezember 2009 auf eine kleine Anfrage der Linkspolitikerin Petra Pau hervor.

Darin heißt es, verantwortlich dafür seien nach der sogenannten Interzonenüberwachungsverordnung vom 9. Juli 1951 die Zollbehörden gewesen. Die Deutsche Post der DDR mußte demnach alle Pakete und Briefe »vorführen«, wenn sie »dem Anschein nach Waren enthielten«. Finanz-Staatssekretär Hartmut Koschyk (CDU) schrieb an Pau: »Es ist davon auszugehen, daß Postsendungen aus der DDR in

die Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober kontrolliert wurden.« Formal gültig war die Verordnung laut Bundesregierung sogar bis zum 31. Dezember 1991.

Petra Pau sagte damals dazu gegenüber der Berliner Tageszeitung »Tagesspiegel«, sie sei »fassunglos, daß es für diese Überwachung noch nicht einmal ein Gesetz gab, sondern daß auf Grund einer Verordnung so weitreichende Eingriffe in das Postgeheimnis vorgenommen worden sind«. Auskünfte über die Zahl der Betroffenen, deren Sendungen geöffnet oder gar beschlagnahmt wurden, kann die Bundesregierung nicht geben. »Aufgrund des Zeitablaufs und der Auflösung der Dienststellen, bei denen entspre-

chende Aufzeichnungen möglicherweise geführt wurden«, lägen der Bundesregierung hierzu keine Erkenntnisse vor.

Eine spezielle Unterlagenbehörde, ähnlich der BStU, in welcher diese Akten gesammelt und aufgearbeitet werden, gibt es nicht. Die Akten befinden sich entweder in den Archiven der Ministerien für Post, Justiz und des Innern oder im Datenbestand des Bundesarchivs. Das Archivgut des Bundesarchivs könne »im Wege der selbstständigen Informationserhebung von jedem genutzt werden«, heißt es in der Antwort. Falls Akten als Verschlusssache eingestuft seien, könnte auf Antrag ggf. eine Freigabe erwirkt werden.

Buchtips:

Fragen an das MfS: 60 Jahre nach Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit scheint alles gesagt, geschrieben, gedruckt und gesendet. Es gibt keine Geheimnisse mehr. Aber ist bei den Jüngeren wirklich mehr bekannt als jene Grusel- und Schauer märchen, die seit 1990 verbreitet werden? Lassen sich diese Klischees durch sachliche Informationen ersetzen? Verantwortliche Mitarbeiter des MfS kommen der Forderung nach, die in der Öffentlichkeit immer wieder an sie gestellt wird: Sie informieren ausführlich, detailliert und selbstkritisch über ihre Arbeit, über Geschichte, Strukturen, Tätigkeit und Methoden des Ministeriums. Die Autoren haben Fragen von Schülern und Studenten gesammelt und beantwortet sie. Mit ihren Auskünften reagieren sie sowohl auf gängige Vorurteile wie auf berechnete Kritik und gehen auch Fragestellungen nach, die seit 1989 immer wieder eine Rolle spielten.

Werner Großmann, Wolfgang Schwanitz (Hrsg.): »Fragen an das MfS«, 400 Seiten, Preis: 17,95 Euro.

MfS-Handbuch. Anatomie der Staatssicherheit, Geschichte – Struktur – Methoden

Das MfS-Handbuch »Anatomie der Staatssicherheit« stellt die Struktur und Arbeitsweise des MfS entlang der einzelnen MfS-Dienststeinheiten sowie bestimmter Schwerpunktthemen dar.

Diese Publikationen können Sie gegen eine Schutzgebühr bei der BStU direkt erwerben. Für Schüler, Studenten und Bildungseinrichtungen sind Ermäßigungen möglich.

Aktuelle Neuerscheinung:

Andreas Schmidt: Hauptabteilung III: Funkaufklärung und -abwehr.

248 Seiten, Berlin 2010, Schutzgebühr 5 Euro, download [PDF - 4,5 MB].

Bestellungen richten Sie bitte an:

BStU, Abteilung Bildung und Forschung, 10106 Berlin

E-Mail: publikation@bstu.bund.de/publikation@bstu.bund.de

Telefon: (030) 2324-8803, Fax: (030) 2324-8809

Flexibler, preiswert und mit Anschluß nach Berlin

CARSTEN ZINN erläutert, wie es mit dem Brandenburger Mobilitätsticket weitergehen sollte

Die Gewerkschaft ver.di, besonders der Erwerbslosenausschuß Uckermark-Barnim und Du persönlich, sind treibende Kräfte der Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg gewesen. Seit September 2008 gibt es das landesweite Mobilitätsticket, zunächst befristet. Jetzt geht es um die Fortsetzung. Wie sollte die aussehen?

Auf jeden Fall muß es das Ticket weiter geben, das steht auch in der Koalitionsvereinbarung von Rot-Rot. Aber es sollte qualifiziert ausgestaltet werden. Einmal in der Richtung, daß die werbewirksam dargestellte volle Leistung zum halben Preis nicht nur in den kreisfreien Städten, sondern wirklich überall garantiert wird. Dazu müßte sich besonders in der Fläche am bisherigen Wabensystem etwas ändern, man muß günstig auch in die Nachbarkommune fahren können. Außerdem müßte das Tarifan-

gebot flexibler sein – also nicht nur als Monatskarte, sondern auch als Einzelfahrschein, Tages- oder Wochenticket erhältlich sein.

Es ist auch von einer Ausdehnung nach Berlin die Rede...

Das wäre mein Traum. Dazu müßte aber nicht nur die Politik richtig Hausaufgaben erledigen, auch die Verkehrsunternehmen wären gefragt.

Was ist mit Blick auf die Preise zu sagen?

Teurer darf das Ticket nicht werden, sonst macht es überhaupt keinen Sinn. Im Gegenteil, in den Landkreisen müßte es preiswerter zu haben sein, das fordern wir schon seit der Einführung. Über konkrete Pläne zur künftigen Finanzierung und den Differenzzahlungen für die Verkehrsbetriebe hört man leider gar nichts. Bislang gab es dafür maximal 2,3 Millionen Euro aus Landesmitteln pro Jahr. Doch Brandenburg hat bekanntlich Haushaltssperre, die

Rahmenbedingungen werden sicher nicht besser...

Was müßte nun damit geschehen?

Die Verantwortlichen in Regierung und Landtag sind gefordert, die Zeit drängt. Das Mobilitätsticket war seinerzeit ein Kompromiß zwischen SPD und CDU. Jetzt, wo die Befürworter einer sozialen Lösung unter sich sind, wären Verzögerung oder gar Abstriche völlig inakzeptabel. Außerdem erwarte ich, daß sich ver.di-Landesbezirksvorstand und DGB-Bezirksvorstand schnellstens klar in Sachen Mobilitätsticket positionieren und ihre soziale Verantwortung wahrnehmen. Das Ticket ist auch eine gewerkschaftliche Erfolgsgeschichte und soll es bleiben.

Das Interview mit Carsten Zinn führte Helma Nehrlisch vom Pressebüro transit. pro media Berlin für »ver.di-Sprachrohr Nr. 4/10«.

Heizkostenübernahme nach Petition

Eberswalde (at). Wegen nur teilweiser Übernahme ihrer Heizkosten durch das Jobcenter Barnim beschwerte sich Karin H. beim Petitionsausschuß des Landtages Brandenburg. Die nachfolgend abgedruckte Antwort des Ausschußvorsitzenden Thomas Domes (DIE LINKE) zeigt, es kann sich lohnen, wenn man sich wehrt:

Der Petitionsausschuß des Landtages Brandenburg hat sich in seiner 16. Sitzung am 24. August 2010 mit Ihrer Petition befaßt. Dazu hat er eine Stellungnahme des Staatssekretärs im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie eingeholt. Mit Ihrer Petition haben Sie sich gegen die nur teilweise Übernahme von Heizkosten durch das Jobcenter Barnim beschwert.

Ihre Petition zum Anlaß nehmend hat das Jobcenter Barnim Ihren Einzelfall nochmals geprüft. Sie hatten dem Jobcenter Barnim hierzu eine ärztliche Bescheinigung über Ihren derzeitigen Gesundheitszustand vorgelegt. Außerdem bestätigte Ihr Vermieter einen erhöhten Heizbedarf aufgrund der Lage Ihrer Wohnung. Bei Ihrer Wohnung handelt es sich um eine im Parterre befindliche, nicht unterkellerte Außenwohnung. Die angrenzenden Gemeinschaftsräume werden nicht beheizt. Die Einzelfallprüfung des Jobcenters führte zu dem Ergebnis, daß die tatsächlichen Heizkosten aufgrund Ihres Gesundheitszustandes und der Lage Ihrer Wohnung ab dem 1. Oktober 2009 weiter übernommen werden...

Anmerken möchte der Ausschuß hierzu, daß nach § 22 Abs. 1 des Sozialgesetzbuches II Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht werden, soweit diese angemessen sind. Wenn Aufwendungen für die Unterkunft den der Besonderheit des Einzelfalles angemessenen Umfang übersteigen, sind sie solange zu berücksichtigen, wie es dem Hilfebedürftigen nicht möglich oder nicht zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermieten oder auf

andere Weise die Aufwendungen zu senken. Die Prüfung der Angemessenheit der Heizkosten hat getrennt von der Prüfung der Angemessenheit der übrigen Unterkunfts-kosten zu erfolgen und ist an den Wohnverhältnissen der Hilfesuchenden am jeweiligen Einzelfall auszurichten. Dabei ist ein konkret-individueller Maßstab anzulegen. Das Jobcenter Barnim hat der aktuellen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts entsprechend hinsichtlich der Prüfung der Angemessenheit der Heizkosten auf kommunale oder bundesweite Heizspiegel abgestellt. Die Besonderheiten Ihrer Wohnung hat das Jobcenter aber zunächst nicht ausreichend berücksichtigt. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie hat das Jobcenter Barnim auf die aktuelle Rechtsprechung zur Feststellung der Angemessenheit von Heizkosten und die Beachtung von Besonderheiten im Einzelfall hingewiesen. Die Anpassung der derzeit gültigen Handlungsanweisung wird vom Jobcenter Barnim gerade überprüft und entsprechend überarbeitet.

SPD und die Rente mit 67:

Ablenkungsmanöver

Der so genannte Kompromiß der SPD zur Rente ab 67 ist ein reines Ablenkungsmanöver. Die SPD will vergessen machen, daß sie in trauter Koalition mit der Union diese unsoziale Kürzung durchgedrückt hat. Am Kern der Rente ab 67 hält sie stur fest – wie gehabt soll diese ab 2029 für jeden gelten. Statt mit der LINKEN über Vorschläge zu einer solidarischen Bürgerversicherung zu reden, geht es der SPD vor allem darum, die umstrittene Rente ab 67 in den kommenden Wahlkämpfen vom Tisch zu bekommen. Jüngsten Umfragen zufolge sprechen sich über 90 Prozent der Bevölkerung gegen die Rente ab 67 aus.

Ein Aussetzen oder Stoppen dieser verkappeten Rentenkürzung reicht der LINKEN aber nicht. DIE LINKE will, daß die gesetzliche Rente wieder zu einem verlässlichen Alterseinkommen wird und ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Das geht nur mit einer Bürgerversicherung, bei der sich Vermögende und Gutverdienende nicht mehr aus der Verantwortung stehlen können und bei der u.a. die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben wird.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

»Freiheit statt Angst«

Bürgerrechtsdemo gegen ausufernde Überwachung am 11. September in Berlin

Berlin (bbp). Am Sonnabend, den 11. September, findet die Demonstration, die Teil des internationalen Aktionstages »Freedom not Fear - Freiheit statt Angst« ist und zu dem weltweit Proteste gegen die Überwachung der Bürgerinnen und Bürger stattfinden werden, unter dem Motto »Freiheit statt Angst - Stoppt den Überwachungswahn!« in Berlin statt.

Die Demonstration beginnt um 13 Uhr am Potsdamer Platz mit einer kurzen Auftaktkundgebung. Der Protestmarsch durch die Stadt wird nach einem Rundkurs wieder am Potsdamer Platz mit einer Abschlußkundgebung, bei der u.a. Frank Bsirske und Thilo Weichert reden werden, enden (alle Informationen zur Demo, den Anreisemöglichkeiten, der Route, den Reden unter: <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/>).

Juli. Beratung des AdL-Gewerkschaftsaktivs mit Akademiepräsident Prof. Spaar. Skizziert wird nun eine Entflechtung: Agrarforschungsgemeinschaft mit ca. 5.000 Mitarbeitern, Ausgründung der Züchtung als Kapitalgesellschaften (1.400 MA), Landesforschungsanstalten (1.400 MA) und 2.000 Entlassungen bis Mitte 1991. Unklar ist aber, was die (erst zu bildenden) Länder überhaupt tragen können. Die Dummerstorfer Tierzüchter werfen Fragen auf, die in der Luft liegen: Kündigungsfristen, Umschulungen, Altersversorgung, Verbleib der Lehr- und Versuchsgüter, Personalvertretung (das Gesetz hierfür fehlte noch). Brief der Akademie-BGL an Minister Kiechle zu erwarteten Massenentlassungen. Erinnerung wird an bedeutende Traditionen, an illustre Namen der Akademiegründer von 1950, an angesehene Institute. Die 12.600 AdL-Mitarbeiter seien bis 1.1.92 auf 6.600 zu reduzieren, d.h. Massenentlassung von über 5.000 MA. Für die verbleibenden sind nur 700 Plätze in der Ressortforschung des BML /1/ vorgesehen. Bei Massenentlassungen würden wichtige Forschungen abgebrochen und die Betroffenen ohne soziale Absicherung in die Arbeitslosigkeit gehen. AL-Unterstützung bzw. Vorruhestandsgeld betrüge für die meisten unter 900 DM. Gefordert werden Streckung der Strukturreform und Sozialvereinbarungen.

Am 11.7.90 Beratung der GEW mit Ländervertretern der DDR-GW und der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung (GUE). Es geht um Empfehlungen zu Ländersatzungen der künftigen GEW-Verbände Ostdeutschlands. Entsprechend den Bedingungen bei der GUE (Schulen, Kindergärten) wird das Kreisprinzip als Organisationsebene vorgeschlagen. Fachgruppenvertretungen sind einzurichten. Keinen Konsens gibt es zum Antragsrecht (Basisgruppen oder jedes Mitglied) und zu den Ebenen mit Finanzkompetenz. Gleichzeitig berät die Kommission Wissenschafts- und Hochschulpolitik der GW auch mit der ÖTV.

6. Juli. Empfehlungen des BRD-Wissenschaftsrates (WR) zur Wissenschaftsentwicklung in der DDR: föderale, pluralistische Struktur mit Priorität bei Hochschulen; »Neuaufbau« in Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zur Verdrängung der »unwissenschaftlichen« »marxistisch-leninistischen Gesellschaftslehre«, dazu Personaltransfer aus der BRD; umfassende Evaluation und Neuberufungen; »konvergierender Prozeß« hin zu »kompatible(n) Strukturen«; in der Agrarwissenschaft sei auch die Bewahrung der bundesdeutschen Gliederung kritisch zu prüfen(!). Der Bedarf für Neuausstattung (Bücher, Rechner, Geräte), Hochschulbau und Forschungsförderung wird bis 1996 auf 6,5 Mrd. DM geschätzt.

Währungsunion in Kraft (1.7.). Bundesbankpräsident Pöhl hatte sich gegen die frühe DM-Einführung gewehrt. Christa Luft: »...favorisiert wurde in unserem Gespräch ein Verbund zwischen den Währungen beider deutscher Staaten.« Pöhl hielt aber dem politischen Druck

1990: Gewerkschaft zwischen »Wende« und »Anschluß« (Teil 2)

Der Sommer der Begierde

von Rolf Richter

Aufbruch zu Selbstgestaltung, Eigenverantwortung, Basisdemokratie – Chaos, Anarchie – Atemlosigkeit, da die Ereignisse alle Planungen und Absichten überrollten – ansteigende Ängste, weil die Veränderungen zunehmend fremdbestimmt und unberechenbar wurden – Hoffnungen bis zu völlig irrealer Euphorie – Ernüchterung, Mutlosigkeit, Resignation, Verzweiflung – dies die Stimmungen der Jahre 1989/90. Volker Braun reflektierte das in einem Gedicht, aus dem die Titelzeile »Der Sommer der Begierde« entnommen ist. Ich habe diese Entwicklungen im Wissenschaftsbereich und in der Gewerkschaft Wissenschaft erlebt. Teil 1 behandelte die Zeit bis Juni 1990.



nicht stand. »So führte denn der Politiker Pöhl gegen die Meinung des Wirtschaftlers Pöhl die Währungsunion bereits am 1. Juli 1990 durch«. Luft hatte noch als Modrows Wirtschaftsministerin bei den Bonner Verhandlungen am 13. Februar bezweifelt, daß die D-Mark die Abwanderung stoppen könne, »weil die Produktivitäts- und damit die Einkommensdifferenzen noch auf Jahre bestehen bleiben« /2/. Die Gaunerei großen Stils beginnt (Spiegel 44/90: »Am schnellsten wächst im neuen Deutschland das Halbseidene zusammen ... Das sind Dinger, die glaubt man nicht.« Doch die wirklichen Brocken kamen erst später: Rohwedder-Mord, Treuhänder-Kriminalität... 272.000 Arbeitslose, 657.000 Kurzarbeiter.

August. Sommerschule der GEW auf Sylt (27.8.-1.9.): Beratung der beiden Vorstände. Referenten u.a. Prof. Simon, Präsident des Wissenschaftsrates, und Marianne Tidick (SPD), Kultusministerin von Schleswig-Holstein und damals Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK). Tidick wandte sich gegen die Diskriminierung von DDR-Künstlern als »Staatskünstler« und gegen Einführung des Beamtenstatus. Simon hielt auch zwei unterschiedliche Wissenschaftssysteme in Deutsch-

land für denkbar. Streben nach »Kompatibilität« sei ein »kunstvoller Ausdruck für Gleichschaltung« – wie paßte das zu den WR-Empfehlungen? Beim Mittagessen versuchte ich dem Frankfurter Rechtshistoriker zu erläutern, weshalb die Zerschlagung der Akademie ein Verlust wäre. Ökonom Hartmut Bechtold (Hans-Böckler-Stiftung) sah »Konstruktionsmängel« des 2. Staatsvertrages. Altschulden der Betriebe nicht zu streichen, mache sie konkursreif. DDR-Enteignungen hätten anerkannt oder entschädigt werden sollen. Der DGB solle Steuerreform fordern (Anhebung in oberen Einkommensklassen). Gesprächsrunde zur Zukunft der Akademien: Gefahr eines Kahlchlags sei real, so Dr. Hartung vom Gesamtbetriebsrat MPI für Bildungsforschung /3/. Im Vergleich zur BRD habe die DDR die geringere Studierendenquote und einen geringeren Wissenschaftleranteil (Dr. Melis, AdW). Der Einigungsvertrag trennt Gelehrtenengesellschaft und Forschungsinstitute – der Wissenschaftsrat will keinen solchen Verbund.

Das Treffen Kohl – de Maizière am Wolfgangsee (1.8.) ist eine Wende. De Maizière besteht nicht weiter auf Interessenwahrung für die Ostdeutschen. Um den 18.8. wird der 1. Entwurf des 2. Staatsvertrages bekannt. Im Artikel 38 fehlt noch die Auflösung der Akademien, von Anlagen zum Vertrag ist keine Rede. Die Volkskammer beschließt die BStU-Behörde (24.8.). Am 31.8. Vertragunterzeichnung durch Minister Schäuble und Staatssekretär Krause (der wird Minister – und landet vor Gericht). Gravierend ist der Grundsatz »Rückgabe vor Entschädigung«. Die Umsetzung bleibt der Treuhänder überlassen. Schäuble: »Wenn man Lösungen sucht, die im Grunde unvereinbare Standpunkte zusammenführen, darf man nicht alles präzise beschreiben.« Das betrifft auch die Akademien. Artikel 38 sieht ihre Fortführung bis 31. 12. 1991 vor – bei Umwandlung der unbefristeten in befristete Arbeitsverhältnisse. Was dann wird, ist unklar. Es war nicht gelungen, für die Mitarbeiter Sozialpläne zu vereinbaren.

Ende August schrieb Volker Braun: Da bin ich noch: Mein Land geht in den Westen. KRIEG DEN HÜTTEN FRIEDE DEN PALÄSTEN Ich selber habe ihm den Tritt versetzt, Es wirft sich weg und seine magre Zierde. Dem Winter folgt der Sommer der Begierde.

Protest

der Mitarbeiter des Institutes für Forstwissenschaften Eberswalde
der Mitarbeiter des Institutes für Pflanzenschutzforschung
der Mitarbeiter des Institutes für Bodenkunde (FZB Mbg.)

Durch Artikel 38 des Einigungsvertrages werden die unfristeten Arbeitsverträge aller Mitarbeiter in Wissenschaft und Forschung in befristete umgewandelt.

Das bedeutet:

Auslaufen der Arbeitsrechtsverhältnisse

- ohne Kündigungsgesetz
- ohne Kündigungsfrist
- ohne Möglichkeit, Arbeitsgerichte anzurufen
- ohne Absicherung durch Sozialpläne

Damit werden die Mitarbeiter der Wissenschaftsbereiche
rechtlos.

Wir fordern:

Revision des Artikels 38 bezüglich der Befristung
der Arbeitsverträge

Notwendige Umstrukturierung der Forschungseinrichtungen
unter Beachtung des bestehenden Arbeitsrechts

Die SprecherInnen der Gewerkschaften

September. Mit anderen Kollegen des GW-Hauptvorstandes und der Landesverbände fliege ich am 7.9. nach Frankfurt/M. Die GW bereitet mit GEW-Spitze und -Ländervertretern den Weg in den DGB vor. Die GEW hatte den DGB-üblichen Unvereinbarkeitsbeschluss (»Extremisten« betreffend) bereits aufgehoben. Aber im Hinblick auf Ostverbände und Mitgliederzuwachs mußte die GEW-Satzung geändert werden. Im Arbeitskreis Satzung wollten einzelne Ostvertreter Ausschluß ehemaliger MfS-Mitarbeiter, die ins Bildungswesen zurückgekehrt sind, oder Einschränkung ihrer Mitgliedsrechte. Mit Gerd Köhler waren wir uns schnell einig: Für Gesetzesverstöße gibt es Gerichte – im übrigen genießt Rechtsschutz, wer Gewerkschaftsmitglied ist. Eine generelle »Stasi-Klausel« kam nicht in die Satzung. Wir sicherten unseren Mitgliedern gleichberechtigte Mitwirkung in der GEW, die dieses Anliegen bereitwillig mit trug. Änderungen im Sinne mancher Demokratisierungsideen vom Januar gab es aber nicht. Unsere Mitglieder waren gegen die Delegiertenrechte Hauptamtlicher, gegen Kongreß»regie« mittels einiger Klauseln der Geschäftsordnung und gegen zentralen Beitragseinzug Sturm gelaufen. Das alles gab es auch in der GEW.

Zum 30.9. lösten ein FDGB-Kongreß und die ZDK der GW ihre Organisationen auf. In meinem Institut werde ich Personalratsvorsitzender und rücke in das Gremium der Brandenburger Personalräte ein. Diese schließen sich einer Verfassungsklage der ÖTV gegen die im Staatsvertrag vorgesehene Umwandlung der unbefristeten in befristete Arbeitsverträge an. Die Räte von 3 Eberswalder Instituten (Forst, Pflanzenschutz, Bodenkunde) organisieren Straßenproteste: Plakataushänge in der Stadt, Mahnwachen, Kundgebung. Die Ausweitung der Aktionen auf andere Akademieinstitute gelang nicht – vor den Evaluationen

wollte man sich nicht exponieren. 1. Lesung des Staatsvertrages am 6.9. Dessen 900 Seiten Anlagen liegen der Volkskammer erst an diesem Tag vor und werden nicht behandelt! 2+4-Vertrag (12.9.). Ratifizierung des Staatsvertrages am 20.9.

Oktober. Die ÖTV-Personalrätekonferenz in Müncheberg urteilt am 8.10.90, die Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom 27.9.90 bedeuteten für 75 % der Beschäftigten das soziale Aus. Sie »bevorzugen ... Bereiche der Grundlagenforschung und vernachlässigen zu stark die angewandten Forschungsrichtungen.« Bundesweite Stellenausschreibungen auch bei positiv evaluierten, ergo erhaltenswerten Einrichtungen seien ein Widerspruch. Unlogisch sei auch, Agrarforschungsgruppen in die Universitäten Rostock, Leipzig und Jena einzugliedern, wenn dort der Erhalt der Agrarfakultäten fraglich ist.

Am 14.10. Landtagswahl in Brandenburg. SPD (36%) vor CDU (27%) und PDS (13%). Bei der nächsten Wahl 1994 werden CDU und PDS mit je 18,7% gleichauf liegen.

Dezember. Am 2.12. Wahl zum Bundestag in 2 Wahlgebieten (das Bundesverfassungsgericht hatte die Regelung gekippt, die Wahl in einem Wahlgebiet mit einheitlicher 5 %-Klausel abzuhalten. Das hätte die Westparteien zu offensichtlich begünstigt).

Vadder is für Lafontain',
Mudder für Graf Hinkebeen.
Ick sach nischt, ick denke bloß –
bald seid ihr beede arbeitslos.

642.000 Arbeitslose und 1,79 Mill. Kurzarbeiter sind nur der Vorgeschmack. Es folgen Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft, der Industrieforschung, des Lehrstellenmarktes, Fragebögen und Stasi-Jagd. Die Zahl der Erwerbstätigen im Osten sinkt von 9,8 (1989) auf 6,3 Mill. 1992/94 (4). Das Gemetzel um Rückgabe von Immobilien hemmt Neuinvestitionen für Jahre.

Die Umgestaltung der ostdeutschen Wissenschaft »führte zu einer strukturellen auch ... personellen Verwestlichung, übrigens auch zu einer Vermännlichung«, so W. Schluchter 2010 /5/. »Von dem bewahrenswerten Erbe der DDR-Hochschulen (z.B. stärkere Lehrorientierung des Lehrkörpers, gute Betreuungsrelationen, Forschungsstudium ... blieb nicht viel übrig.« Die Chancen der »abgewickelten« Wissenschaftler für »Weiterbeschäftigung sanken drastisch, zum einen wegen der Reduktion der Stellen, zum anderen wegen der westdeutschen Konkurrenten«. Betroffen waren natürlich auch die meisten LaborantInnen und technischen MitarbeiterInnen. Die Chance auf mehr Mitbestimmung und Stärkung der Gewerkschaften in Bildung und Wissenschaft konnte nicht realisiert werden. Eher nahm ihre Zersplitterung zu, mit verursacht durch strategische Fehler der DGB-Gewerkschaften.

1 BML: Bundesmin. für Landwirtschaft und Forsten
2 Christa Luft: Zwischen Wende und Ende. Berlin 1992
3 MPI: Max-Planck-Institut
4 Bundeswirtschaftsmin.. Jahreswirtschaftsbericht 1995
5 W. Schluchter in: Denkströme. Journal der sächs. Akademie der Wissenschaften, Heft 4, 170-175, 2010

Als Generalsekretär bereit

Über das Angebot unseres Landesvorsitzenden Heinz Lanfermann, mich dem Landesvorstand der FDP Brandenburg in seiner Sitzung am kommenden Freitag als Generalsekretär der FDP Brandenburg vorzuschlagen, und dem damit verbundenen Vertrauensbeweis habe ich mich sehr gefreut und werde den Mitgliedern des Landesvorstandes gegenüber meine Bereitschaft zur Kandidatur erklären.

Das Amt des Generalsekretärs enthält große Herausforderungen, denen ich mich gerne stellen will. Ich werde dem Landesvorstand eine Reihe von Vorschlägen unterbreiten, mit denen wir in der FDP Brandenburg bewährtes weiterentwickeln und neues schaffen können. Eine enge Zusammenarbeit mit dem neuen Landesgeschäftsführer Sandro Schilder und die wechselseitige Kommunikation zwischen dem Landesvorstand und den Mitgliedern wird dabei eine wichtige Rolle spielen. Dem scheidenden Generalsekretär Andreas Büttner gratuliere ich herzlich zu seiner Wahl als Vorsitzendem der FDP-Landtagsfraktion. Ich würde mich freuen, unsere seit Jahren enge und freundschaftliche Zusammenarbeit in jeweils neuen Funktionen fortführen zu können. Die enge Verzahnung der Arbeit der Landtagsfraktion und der Partei wird in den nächsten Jahren eine wichtige Voraussetzung für einen Erfolg auch bei der nächsten Landtagswahl und den dann folgenden Kommunalwahlen sein.

In den Kreis- und Ortsverbänden möchte ich neben einer noch intensiveren Diskussion von aktuellen Sachthemen auch anregen, sich an der Entwicklung des vom letzten Landesparteitag initiierten neuen Grundsatzprogramms der FDP Brandenburg zu beteiligen. Die programmatische Arbeit am neuen Grundsatzprogramm werde ich mit dem Ziel verfolgen, den Brandenburgischen Liberalismus auf ein breites gesellschaftliches Fundament zu stellen. Dabei wird deutlich werden, daß Freiheit und Solidarität die beiden Seiten derselben Medaille sind.

GREGOR BEYER

Zwischennutzung angeregt

Eberswalde (bbp). Nach Fertigstellung der »Grün- und Spielfläche an der Michaelisstraße/Goethestraße« blieb ein Teil des Grundstücks unbebaut. Zurzeit wird die genannte Fläche durch einen Bauzaun abgegrenzt, die oberste Schicht besteht aus Kies bzw. Sand. »Ist zeitnah mit einer Bebauung dieser Fläche zu rechnen?«, fragte die Fraktion Bündnis 90/Grüne zur Abgeordnetenfragestunde am 24. Juni die Stadtverwaltung. Zugleich machte die Fraktion Vorschläge für eine Zwischennutzung zum Beispiel durch Begrünung mit Rasen oder als Beachvolleyballfläche. Dezernent Lutz Landmann teilte mit, daß mit einer Bebauung zeitnah nicht zu rechnen sei. Bezüglich der Vorschläge werde sich die Stadtverwaltung mit dem Land Brandenburg als Eigentümer ver-

Klimafeste Perspektiven

Brandenburg ist das Bundesland, in dem die Folgen des großenteils vom Menschen verursachten Klimawandels mit am deutlichsten spürbar sein werden. Steigende Temperaturen, geringere Niederschläge und vermehrte Extremwetterereignisse stellen die Landwirtschaft vor neue Herausforderungen. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Landbewirtschaftung auch zukünftig zu sichern, sind Anpassungsstrategien in Bewirtschaftungspraxis und Förderpolitik unerlässlich.

In diesem Jahr wird aufgrund der lang anhaltenden Frühsommertrockenheit ein Minderertrag beim Getreide in Höhe von 15 % gegenüber dem Vorjahr vorausgesagt. Dem war ein überdurchschnittlich regenreicher Mai vorangegangen und noch regenreicherer August gefolgt. Ziel der nachhaltigen Landnutzung muß es daher sein, solche Wasserüberschüsse im Land zu halten. Damit können die Folgen von Trockenperioden abgemildert werden. Das von der Landesregierung geplante Moorschutzprogramm wird einen wichtigen Beitrag zur Speicherung von Wasser in der Landschaft sowie zur Verbesserung von Grundwasserspiegel und Kleinklima leisten. Dies wird auch der Landwirtschaft zu Gute kommen.

Weitere Schritte betreffen zum Beispiel die Auswahl trockenheitsresistenter Sorten und die Etablierung ressourcensparender Bewässerungssysteme. Im »Innovationsnetzwerk Klimaanpassung« (INKA BB) werden diese und weitere Anpassungsstrategien entwickelt. In überflutungsgefährdeten Gebieten sollte Grünlandbewirtschaftung erfolgen, die gegenüber schwankenden Wasserständen tolerant ist und eine Wasserspeicherung im Boden ermöglicht. In nassen Mooren können sogenannte Paludikulturen entwickelt werden (z.B. Biomassenutzung von Schilf zur Energiegewinnung).



Weitgehend unberührte und naturbelassene Moore sind in Brandenburg selten geworden.

Von entscheidender Bedeutung für die brandenburgische Landwirtschaft wird die Ausgestaltung der EU-Agrarförderung in der neuen Förderperiode nach 2013 sein. Hier muß es weiterhin eine besondere Berücksichtigung benachteiligter Regionen geben. Eine Absicherung gegenüber Produktionsrisiken durch extreme Wetterereignisse ist anzustreben. Stärker als bisher sollte die Förderung aus öffentlichen Mitteln an konkrete Leistungen für den Umwelt- und Klimaschutz gekoppelt werden.

Dr. MICHAEL-EGIDIUS LUTHARDT

Lust und Last der Sonne

Bockhardt: Wir unterstützen alle Vorhaben, ungeachtet Natur- und Artenschutz

Über dem Gebiet des Landkreises Barnim scheint die Sonne. Die vorhandene Sonneneinstrahlung ist günstig für die Nutzung von Sonnenenergie. Dank der natürlichen Standortgunst ist die aus Photovoltaikanlagen erzeugte Energie auch ein unverzichtbares Element in der Umsetzung der Nullemissionsstrategie des Landkreises. Die Strategie mit der dazugehörigen Kampagne »die Zukunft ist ErneuerBAR« hatte dem Landkreis im Juli den Titel der Energie-Kommune des Monats eingebracht. Ein Grund für die Auszeichnung war für die Jury auch, daß im Mai auf Teilflächen des Flugplatzes Finow das fünftgrößte Photovoltaik-Kraftwerk Deutschlands mit einer Nennleistung von über 24 MW ans Netz ging.

Sonne lohnt sich nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch: Dank des Erneuerbare-Energie-Gesetzes ist in Deutschland die Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen stark angestiegen. Die Investition in Sonne ist rentabel und deshalb für Unternehmen interessant. Im Oktober sollen die fixierten Einspeisevergütungen für Strom aus erneuerbaren Energien gekürzt werden. Das hat im Landkreis Barnim zu einer starken Nachfrage nach Standorten für den Bau großflächiger Photovoltaikanlagen auf Freilandstandorten geführt. Denn wer seine Anlage bis Oktober am Netz hat, profitiert noch von der höheren Einspeisevergütung.

Zum gegenwärtigen Stand erzeugen im Landkreis fünf Großanlagen Strom. Zusammengekommen verfügen sie über eine Nennleistung von rund 57 MW und benötigen dafür eine Gesamtfläche zur Aufstellung der Module von 87 Hektar. Insgesamt umfassen die fünf Plangebiete eine Fläche von 169 Hektar, was ungefähr 0,11 Prozent der Landkreisfläche beträgt. Zusätzlich befinden sich derzeit fünf weitere großflächige Vorhaben auf Freilandstandorten in bauplanungsrechtlichen Verfahren. Die hierfür benötigten Plangebiete umfassen eine Gesamtgröße von rund 280 Hektar. Zusätzlich könnte noch die bereits angekündigte Erweiterung der auf dem Flugplatz Eberswalde-Finow stehenden PV-Anlage um weitere 100 MW als weiteres Vorhaben hinzukommen.

Diese dynamische Entwicklung im Ausbau der regionalen Erzeugung von Solarstrom begrüßt die Kreisverwaltung. In der Regel verbinden sich mit jeder Kilowattstunde Solarenergie auch Einsparungen im CO₂-Ausstoß.

»Die Art und Weise jedoch, wie der Ausbau der Kapazitäten hierzulande erfolgt, wirft allerdings auch eine Reihe von Fragen auf, die ernsthaft und kontrovers zu diskutieren sind«, sagte Landrat Bodo Ihrke auf der jüngsten Kreistagssitzung im Hinblick auf ungenehmigte Baumfällungen. Der Gesetzgeber sieht dafür im übrigen eine Strafe bis zu 50.000 Euro vor. Dieses Strafmaß werde der Landkreis Barnim in Zukunft ausreizen, wenn erneut auf großen Flächen ungenehmigt Bäume gefällt werden.

Wer noch bis Oktober fertig werden und sich so die Einspeisevergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sichern will, dem sichert die Kreisverwaltung eine schnelle Abarbeitung der Verfahren zu. Die nötigen Genehmigungen schnellstmöglich zu erarbeiten, stellt höchste Ansprüche an die Arbeit der Behörden. Viele verschiedene Belange müssen gehört und vereint werden. So ergeben sich in aller Regel schon aufgrund der flächenmäßigen Größe einzelner Vorhaben umfangreiche Berührungen mit den Belangen des Natur- und Artenschutzes. »Wir sind bereit, alle Vorhaben nach Kräften zu unterstützen und zu begleiten«, sagte Carsten Bockhardt, stellvertretender Landrat und Wirtschaftsdezernent des Landkreises. »Dabei sind wir jedoch auf die Kooperation der Antragsteller angewiesen«, fügte er hinzu. Unvollständige Angaben und Unterlagen zum Projekt oder gar Alleingänge könnten die Genehmigungsverfahren nur unnötig verzögern.

Gleichzeitig zur Abstimmung mit den Vereinstoren bemühen sich die Kreisverwaltung und die Kommunen, planerische Grundsätze zu verabreden, nach denen Gunst- und Vorzugsräume für großflächige Solaranlagen festgelegt werden können. »Nur so schaffen wir es, diese erneuerbare Energiequelle so zu nutzen, daß sie umsetzbar und von den Bürgern akzeptiert ist«, stellte Carsten Bockhardt fest.

MARIANNE SCHLESTEIN,
Pressestelle der Kreisverwaltung Barnim

Erster Schritt zum Energiedorf Brodowin

Brodowin (bbp). Im Beisein des Barnimer Landrates Bodo Ihrke ging am 25. August eine 2.000 Quadratmeter große Photovoltaik-Anlage auf den Stalldächern des Brodowiner Demeter-Betrieb offiziell in Betrieb. Geschäftsführer Ludolf von Maltzan wies darauf hin, daß mit der installierten Leistung von 246 kWp der gesamte Energiebedarf seines landwirtschaftlichen Betriebs gedeckt werden könne. Damit würden 140 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart. Mit der Solaranlage ging das Ökodorf Brodo-

win einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem Energiedorf im Rahmen der Null-Emissions-Strategie des Landkreises »die Zukunft ist ERNEUERBAR«.

Der Bau der Solaranlage erfolgte durch die Finower Firma WWF-Solar, die zur Firmengruppe des Walzwerkeigentümers Patrick von Herzberg gehört. WWF-Solar zeigte sich in diesem Jahr bereits für den Bau der 26-MW-Solaranlage (Firmenangabe) auf dem Flugplatzgelände verantwortlich.

Volksinitiative »Rettet Brandenburgs Alleen«:

25.700 Unterschriften übergeben

Die vor einem Jahr gestartete Volksinitiative »Rettet Brandenburgs Alleen« hatte im Endspurt noch einmal kräftig zugelegt. Allein in den letzten acht Wochen vor Unterschriftenabgabe wurde die Zahl der gesammelten Unterschriften um 60 % gesteigert. Am 12. August konnten schließlich rund 25.700 Unterschriften an die Vizepräsidentin des Brandenburger Landtags, Gerrit Große (DIE LINKE), übergeben werden. Ein Ergebnis, was sich wirklich sehen lassen kann! Die für eine Behandlung im Landtag nötige Marke von 20.000 Unterschriften wurde klar überschritten.

Nach der Übergabe der Unterschriften, begleitet von entsprechendem medialen Rummel, nahm sich die Vizepräsidentin viel Zeit, bei einer Tasse Kaffee mit den Initiatoren im Büro des Landtagspräsidenten ins Gespräch zu kommen. Frau Große redete Klartext und hielt nicht vor dem Berg, daß sie das Anliegen dieser Volksinitiative für sehr wichtig erachtet. Zudem gab sie uns Hinweise und Tips für die weitere Vorgehensweise. Alles in allem war es ein entspanntes, gutes und konstruktives Gespräch auf hohem fachlichen Niveau.

Zum weiteren Procedere: Es wird nun die Aufgabe des Landesabstimmungsleiter sein, zunächst die förmlichen Voraussetzungen der Initiative zu prüfen. Liegt der Prüfbericht vor, beschließt der Hauptausschuß über das Vorliegen der förmlichen und materiellen Zulässigkeit der Volksinitiative. Dieser Beschluß wird den Initiatoren dann durch den Präsidenten schriftlich mitgeteilt. Der Landtag muß im Falle der Zulässigkeit binnen vier Monate nach deren Eingang entscheiden. Die Abstimmung über die Volksinitiative im Landtag wird voraussichtlich im Dezember sein. Vor der endgültigen Beschlußfassung haben die Vertreter der Volksinitiative das Recht auf Anhörung vor einem zuständigen Ausschuß. Diesbezüglich werden die Initiatoren auf eine möglichst zeitige Anhörung, bereits Ende September/Anfang Oktober, bestehen.

Das Anliegen zum Schutz von Alleen berührt nicht nur den Bereich des Natur- und Umweltschutzes: Allees sind wesentliche Elemente der historisch gewachsenen Kulturlandschaft und mit Blick auf den Tourismus nicht zuletzt ein Wirtschaftsfaktor für Brandenburg. Deshalb ist es im Interesse der Initiatoren, daß auch der Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und Kultur (A6) sowie der Ausschuß für Wirtschaft (A8) bei der Anhörung dabei



Übergabe der 25.700 Unterschriften an die Landtags-Vizepräsidentin Gerrit Große

sind. Für die nächsten öffentlichen Ausschußsitzungen planen die Initiatoren ihre Teilnahme. Sie werden zwar in den Gremien kein Rederecht erhalten, jedoch die Möglichkeit nutzen, in Pausengesprächen die Ausschußmitglieder aufklärend für das Thema Alleenschutz zu interessieren und zu sensibilisieren.

Im Vorfeld der Unterschriftenübergabe hatte der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Jörg Vogelsänger (SPD) bereits in einem Inforadio-Interview Gesprächsbereitschaft mit den Initiatoren signalisiert. Um einen Termin mit dem Minister wird sich nun bemüht. Optimal wäre es, wenn gleichzeitig die kultur- und wirtschaftspolitischen Sprecher/innen der Fraktionen darin einbezogen werden könnten. Weiterhin ist geplant, die Fachpolitiker/innen in den Wahlkreisen zum Thema Alleenschutz anzusprechen, wobei möglichst die Vertreter/innen aller Parteien im Brandenburger Landtag erreicht werden sollen.

Interessant und von nicht geringer Relevanz wird es sein, in welchen Fachausschuß der Hauptausschuß die Volksinitiative verweisen wird: Ob in den Ausschuß für Infrastruktur und Landwirtschaft (A 10) oder in den Ausschuß für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (A9). Wir werden in der BBP weiter berichten.

Dr. ANDREAS STEINER,

Initiator der Volksinitiative »Rettet Brandenburgs Alleen« für die GRÜNE LIGA Brandenburg

Wander- und Veranstaltungsplan

Der aktuelle Wander- und Veranstaltungsplan der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland für September und Oktober 2010 hält wieder zahlreiche Veranstaltungen bereit.

Von Kanu Tour und Wanderungen zu Mönchsee, Mariensee, Barssee, Krummensee, Finatensee und Werbellinsee bis zu Dampferfahrt und Sagenhaften Wanderungen ist wieder für viele was dabei. Der Plan liegt bei den Tourist-Informationen Bad Freienwalde, Eberswalde, Strausberg, Bernau, Biesenthal, Niederfinow,

Angermünde, Joachimsthal, Chorin, Wandlitz und Schwedt sowie im Haus der Naturpflege Bad Freienwalde und im Binnenschiffahrtsmuseum in Oderberg für Interessenten kostenlos bereit.

Wer die Möglichkeit der Abholung nicht besitzt, der kann sich den Plan auch kostenfrei zusenden lassen. Einfach unter 03344-333200 bestellen. Im Internet ist ebenfalls der aktuelle Plan unter www.wanderfalkenfrw.de abrufbar.

BERND MÜLLER

Feigenblatt in Atomdebatte

Nicht erst mit den jüngsten Gutachten ist klar: Erneuerbare Energien wie Biomasse dienen der Regierung nur als Feigenblatt für eine konzernfreundliche Atompolitik. So gibt es zur Nutzung von Biomasse in Bioraffinerien weder verlässliche Zahlen noch wirksame Förderkonzepte. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf meine Kleine Anfrage zum Thema Bioraffinerien hervor.

Wenn die Bundesregierung jetzt, um die Klimaschutzziele zu erreichen, z.B. auf den massiven Ausbau von Biosprit setzt, so fehlt diesem Vorsprechen jedwede Grundlage. Die Bundesregierung kennt gegenwärtig nicht einmal den Anteil der Biomasse, der stofflich genutzt wird oder genutzt werden kann. Zur Schaffung der bereits lange angekündigten Roadmap für Bioraffinerien wird nunmehr die Einrichtung einer Arbeitsgruppe geplant. Es gibt noch immer kein bundesweites Netzwerk und kein plausibles Förderkonzept für diese Nutzung von Biomasse. Alles ist und bleibt Stückwerk. Diese Regierung hat nur eine Alternative beim Klimaschutz und die soll für lange Zeit Atomstrom heißen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Alternative zu CCS

Mit einer faszinierenden Alternative zur unterirdischen Verpressung von CO₂ machte sich die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann auf der Brandenburg-Tour der LINKEN bekannt. Beim Besuch in der Institut für Getreideverarbeitung GmbH bei Potsdam am 14. Juli wurden der Bundestagsabgeordneten Bioreaktoren vorgestellt, in denen Mikroalgen auch als industrielles Abfallprodukt entstehendes CO₂ in Biomasse umwandeln. Die ausgereifte Technologie wird exportiert, jüngst flogen sogar Passagierjets mit dem auf dieser Grundlage erzeugten Biotreibstoff.

»Das CO₂ muß keineswegs den gefährlichen Weg in den Brandenburger Untergrund antreten, sondern kann helfen, die Energieversorgung auf eine bioenergetische Grundlage zu stellen«, zeigte sich Enkelmann von den technologischen Möglichkeiten begeistert. Sie sprach sich für eine gezielte Förderung dieser Bioreaktoren aus. »Es ist nicht einzusehen, daß CCS seitens der EU mit Millionen Euro unterstützt wird, kleine- und mittelständische Unternehmen aber, die an zukunftssträchtigen Projekten arbeiten, keine Lobby in Brüssel haben.« Dagmar Enkelmann hatte das Institut zusammen mit Rolf Kutzmüt, Potsdamer Stadtverordneter der LINKEN, sowie Ute Hustig, Bürgermeisterkandidatin der LINKEN für die Gemeinde Nuthetal, besucht.

Bioreaktoren mit Algen gelten auch als möglicher Baustein künftiger Bioraffinerien. Enkelmann hat kürzlich eine Kleine Anfrage zum Thema Bioraffinerien in den Bundestag eingebracht, um die stagnierende öffentliche Förderung dieser Technologie zu thematisieren.

BÄRBEL MIERAU

Gegen das Vergessen

Anlässlich des internationalen Gedenktages für die Opfer des Faschismus am 12. September laden der Bernauer Stadtverband DIE LINKE, die Arbeitsgemeinschaft Aussiedler, Kontingentflüchtlinge und Ausländer sowie die Arbeitsgemeinschaft »Gedenkstätten Barnim« beim Kreisverband Barnim der LINKEN um 10.30 Uhr zu einer stillen Kranzniederlegung am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus im Ortsteil Schönow, Schönwalder Chaussee (vor der Kirche) ein. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger, sowie alle demokratischen Parteien und Bündnisse zur Teilnahme auf. Diesem breiten Bündnis ist es im vergangenen Sommer gelungen »Gesicht gegen Braun« zu zeigen. Setzen wir diese Tradition fort und sagen NEIN zu jeglichen faschistischen, nationalistischen und fremdenfeindlichen Bestrebungen rechter Kräfte in der BRD.

BÄRBEL MIERAU

In Eberswalde findet das Gedenken am 12. September wie gewohnt am Denkmal für die Opfer des Faschismus auf dem Karl-Marx-Platz statt.

8. Internationales Kinderfest

Eberswalde (prest-ew). Am 25. September findet in der Zeit von 13 bis 17 Uhr im Familiengarten Eberswalde das 8. Internationale Kinderfest statt. »Das Fest will darauf aufmerksam machen, daß auch im Barnim zahlreiche Kinder mehrsprachig aufwachsen«, informiert Kai Jahns von der Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit. »Wir werben für eine Akzeptanz von Sprachenvielfalt im Alltag und in Kita und Schule. Kinder sollen die Erfahrung machen können, daß ihre Familiensprachen nicht als Störung oder Hindernis gelten, sondern wertgeschätzt und begrüßt werden.« Viele Mitmach-Angebote und Spiele warten auf die Kinder. Malen, basteln, Kinderschminken, Waffeln und Stockbrot backen – alles wird möglich sein – dazu vor dem Tipi Feuer machen, Schafe streicheln, in der Bücherkiste stöbern und Kanu fahren. Auf der Kleinbühne wird geboten: »Ik bin Könik« – pantomimische Auf-führung von zwei Grimmschen Märchen, Theater Post & Schreiber; »Brücken bauen« – Aves Cantantes Kinder- und Jugendchor der Musikschule Barnim; musikalische Aufführungen der Flüchtlinge aus dem Übergangwohnheim in Althüttendorf; vietnamesische Kinderkarategruppe aus Berlin. Das Theater Post & Schreiber spielt bereits am Vormittag »Ach, wenn's mir nur gruselte«, um 10.30 Uhr bei »Guten Morgen Eberswalde«. Das 8. Internationale Kinderfest bildet einen Höhepunkt innerhalb der Barnimer Woche der Begegnungen.

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«, das gegenwärtig keine Büroanschrift mehr hat. Tel. 03334/386357, Termine nach Vereinbarung

Weltfriedenstag für Lida

Gedanken zum 1. September 2010 nach einem Privatbesuch in Belorußland

Wer hat mehr Grund den Weltfriedenstag zu begehen als die Völker Europas, die mehr als 300 Jahre unter den kriegerischen Handlungen räuberischer Annexionisten zu leiden hatten. Nur langsam heilten die Wunden nach dem II. Weltkrieg, dem grauenvollsten aller Kriege, die den hineingezogenen Menschen schuldig oder unschuldig zugefügt wurden.

Unsere Generation, die während der Nazi-herrschaft noch im Kindesalter war, hatte schwere Erinnerungen zu bewältigen: ideologische Beeinflussung übelster Art, Bedrohungen mit Martern und Strafen, Todesängste in Bombennächten oder in direkten Kampfhandlungen, Hunger, Kälte und tausendfaches Leid. Und dann am 8. Mai 1945: »Hitler kaputt!«

Neue Probleme taten sich auf. Wie geht es weiter? Wer sagt uns, wie wir sie lösen? Aus den Mündern derer, die am meisten unter dem vor allem nach Osten gerichteten faschistischen Raubkrieg verloren und gelitten hatten, klang es: »Drushba – Freundschaft!«

Wir, die Deutschen, hatten allen Grund die ausgestreckte Hand zu ergreifen. Wir taten es und in 45 Jahren entwickelten sich Bande, die bis tief in das persönliche Leben hinein griffen. So tut es nicht Wunder, wenn diese von offizieller Seite kaum noch geförderten Verbindungen auch heute noch, 20 Jahre nach dem jähen Ende des ersten deutschen Friedensstaates, gepflegt und ausgedehnt werden. Abgerissene Bekanntschaften, oft auf seltsamstem Wege wieder hergestellt, führen zu neuen herzlichen Begegnungen.

Eine davon hatte ich unlängst: nach 27-jähriger Unterbrechung fand ich meinen Freund Wanja und seine Frau Sveta in Lida, einer großen Stadt in Belarus, wieder. Sie luden zur Hochzeit ihres Sohnes Dima ein, an dessen Geburt in Beelitz-Heilstätten 1983 ich mich als »Patenonkel« nur noch zu gut erinnern kann. Es kam gleich auf dem Bahnhof Grodno, wo wir mit dem Auto (BMW) abgeholt wurden, zu einer fast unbeschreiblich herzlichen Begegnung.



Bröt und Salz für das Brautpaar von Dimas Eltern, Sveta und Wanja vor der für die Hochzeitfeier gemieteten Kantine des Backwarenkombinates der Stadt Lida.

Noch mehr dann, bei der Hochzeit, zu der rund 140 geladene Gäste anwesend waren und die am 2. und 3. Juli 2010 zwei Tage traditionell gefeiert wurde. Allein der Ehrenplatz an der Tafel des Brautpaares drückte die hohe freundschaftliche Anerkennung der Gäste aus der ehemaligen DDR aus. Viele Episoden umrahmten dieses einzigartige Familienfest und jedesmal waren wir gefordert etwas zu sagen, singen oder einfach nur mitzutanzten (natürlich nicht ohne anschließend mit einem »Rumotschku« anzustoßen). Ich kann nicht mehr nachvollziehen, wie viele Hände wir drückten und dabei über unser Leben jetzt nach der »Perestroika« erzählen mußten. Ob Sergej, Andrej oder Wasja, alles junge Leute ab 20 Jahre, Verwandte, Bekannte, Arbeitskollegen mit ihren Frauen oder Freundinnen feierten zusammen mit der älteren Generation unbeschwert und ausgelassen in der großen Kantine des Backwarenkombinates von Lida. »Gorjko, gorjko«, hallte es im Chor, wenn das Brautpaar sich immer wieder küssen mußte und damit Anlaß gab zum Anstoßen auf die Gesundheit, viele Kinder und eine glückliche Familie.

Und sie haben allen Grund solche Wünsche unbedenklich auszusprechen. Belarus ist ein sich in hohem Tempo entwickelndes Land. Sauberkeit wird ganz groß geschrieben. Einkaufen? Was darf es denn sein? Fast hätten wir unsere gut gemeinten Geschenke wieder eingepackt. Moderne Kombinate zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und der Metallurgie sorgen für einen hohen Beschäftigungsgrad in der Stadt. (Übrigens: man hatte sich auch an der Ausschreibung neuer Busse für Eberswalde beteiligt). Eine Autobahn, vierspurig, mit Mittelstreifen, in bester Qualität verbindet Grodno, an der Grenze zu Polen, mit Lida und führt weiter über Minsk gen Osten. Moderner und großzügiger Wohnungs- und Straßenbau, Gesellschaftsbauten, Parkanlagen bestimmen gegenwärtig das Stadtbild von Lida. Mit Hilfe von 3.500 zusätzlichen Bauleuten bereitet sich die Stadt auf das zentrale Erntedankfest Weißrußlands 2010 vor. Wenn Präsident Lukaschenko zu der Feierlichkeit in die hunderttausend Einwohner zählende Stadt kommt, braucht er keinen Personenschutz, wurde uns gesagt. Er genießt ein hohes Ansehen unter der Bevölkerung.

Auf ehemals »verbrannter Erde« ist in 65 Jahren friedlicher Aufbauarbeit unter überwiegend sozialistischen Bedingungen bis heute ein sehenswerter blühendes Land entstanden. Es braucht auch weiterhin den Frieden und die Freundschaft!

Hüten und bewahren wir beides für diese Region Europas insbesondere!

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Mit Ungehorsam zum Erfolg

Blockaden gegen Neonazis in Brandenburg kampagnenfähig

Was im Februar 2010 in Dresden und in ähnlicher Form in Lübeck (27. März) und Berlin (1. Mai) erfolgreich erprobt worden war, hat sich auch in brandenburgischen Kleinstädten bewährt – das Blockadekonzept gegen Neonaziaufmärsche. Die Kampagne Brandenburg nazifrei hat gezeigt, daß »ziviler Ungehorsam« von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis erfolgreich sein kann und tragfähig ist. In anderen Regionen hingegen wird von offizieller Seite weiterhin versucht, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts bereits im Keim zu ersticken.

Unter dem Label »Brandenburg nazifrei« hatten sich im Mai 2010 diverse lokale Vereine, überregionale Organisationen, antifaschistische Gruppen, Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen zusammengefunden. Im gemeinsamen Aufruf bezogen sich die UnterzeichnerInnen, darunter der Innen- und der Justizminister Brandenburgs sowie drei weitere LandesministerInnen, explizit auf den Konsens von Dresden: »Unser Ziel, den Nazis entgegenzutreten, eint uns über alle sozialen, politischen oder kulturellen Unterschiede hinweg. Wir sind bunt und wir stellen uns den Nazis in den Weg. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen die mit uns das Ziel teilen, die Naziaufmärsche verhindern zu wollen!«

Nach dem Vorbild Dresdens sollte einer »Demonstrationsoffensive« der mittlerweile aufgelösten Kameradschaft Märkisch-Oder-Barnim (KMOB) entgegengetreten werden. Bereits der erste Versuch in Bernau geriet für die KMOB zum Desaster, war doch noch vor dem eigentlichen Start schon wieder Schluß. 500 Menschen blockierten die Route. Den Aufmarsch eine Woche später in Eberswalde sagte die KMOB – wohl aus Angst vor einer erneuten Schmach – am Vorabend ab.

Lediglich in Bad Freienwalde gelang es Brandenburg nazifrei nicht, die Demonstration zu verhindern. Nach einer erneuten erfolgreichen Blockade in Strausberg, bei der die Polizei teils unverhältnismäßig hart gegen die Protestierenden vorging, kam es am 2. Juli zu einer Razzia gegen Mitglieder der KMOB. Um einem drohenden Verbot zuvorzukommen, löste sich die Kameradschaft am 4. Juli auf und sagte den letzten Aufmarsch ab.

Nicht zuletzt die dreiste Themenauswahl der Neonaziaufmärsche mag zum Erfolg von Brandenburg nazifrei beigetragen haben. Wirkten die Themen auf den ersten Blick relativ willkürlich, entpuppten sie sich bei näherem Hinsehen als perfide, leicht zu entlarvende Provokationen mit explizit lokalem Bezug. In Eberswalde hätte es »gegen linke Gewalt« gehen sollen. Dort war Amadeu Antonio das erste Nachwendepferd neonazistischer Gewalt geworden.

Vorschau: Anlässlich des 20. Todestages des Angolaners Amadeu Antonio am 6. Dezember 2010 wird es in Eberswalde verschiedene Veranstaltungen geben. In der Nacht zum 25. November 1990 überfiel ein rassistischer Mob einen Treffpunkt der angolanischen Vertragsarbeiter und verletzte mehrere von ihnen schwer. Amadeu Antonio erlag am 6. Dezember 1990 seinen Verletzungen.

Im Jahr 2000 wurde in der Stadt der linke Punk Falko Lüdke durch Neonazis ermordet. Ausgerechnet zum zehnten Jahrestag dieser Gewalttat wollte die KMOB durch Eberswalde marschieren. Am 12. Juni in Bad Freienwalde forderten die Neonazis ein »freies Jugendzentrum«. Genau zwei Jahre zuvor hatte ein Neonazi aus dem Umfeld der KMOB einen Brandanschlag auf das örtliche linke Jugendzentrum verübt und war mit einer Bewährungsstrafe davongekommen.

Ziviler Ungehorsam – also einzukalkulieren, durch friedliche Blockaden möglicherweise Gesetze zu übertreten – mag nicht allzu spektakulär sein. Doch einen solchen Konsens in einem Bündnis von Antifa über CDU-Bürgermeister bis zu Ministern der Landesregierung vereinbart zu sehen, ist durchaus bemerkenswert. Zumal Brandenburgs Offizielle den dortigen Neonaziaktivitäten oft mit Ignoranz begegnen und antifaschistische Gegenproteste als größeres Übel beäugen.

Brandenburg nazifrei hat gezeigt, daß auch in Kleinstädten und zudem in nur wenigen Wochen verwirklicht werden kann, was in einem anderen Maßstab in einer Großstadt wie Dresden immensen Mobilisierungsaufwand und jahrelange Anstrengungen brauchte. Ein politischer Gewinn war die Bereitschaft zahlreicher, durchaus auch konservativer politischer Akteure, sich im Bündnis einzubringen und antifaschistischen Gruppen auf Augenhöhe zu begegnen. Gerade im Hinblick auf die aktuelle »Extremismusdebatte« ist dies alles andere als selbstverständlich. Ein wichtiger Faktor ist sicher, daß gerade in dieser Region antifaschistische Gruppen in den einzelnen Orten präsent und sehr gut vernetzt sind.

Daß Erfolg oder Mißerfolg oftmals von ordnungspolitischen und polizeilichem Kalkül abhängig sind, zeigen Beispiele aus anderen Regionen, wie Ende Juli in Anklam (Mecklenburg-Vorpommern) und im August im niedersächsischen Bad Nenndorf. Immer wieder werden Protestbündnissen Steine in den Weg gelegt und eine Kriminalisierung der Gegenproteste betrieben, um eher bürgerliche Menschen abzuschrecken. Dieses Agieren von Teilen des Staates kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein breiter zivilgesellschaftlicher Protest, der auch zivilen Ungehorsam in Form von friedlichen Straßenblockaden mit einschließt, nicht nur legitim, sondern zwingend notwendig ist. Den Nazis die Straße zu überlassen, kann und darf nicht die Konsequenz sein.

FRANK METZGER (apabiz)

Anti-Rassismus-Training

Vom 17. bis 19. September (Freitagnachmittag bis Sonntag) organisiert die Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit Eberswalde in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werneuchen/Werftpfuhl für alle ab 17 Jahre aus dem Landkreis Barnim ein Anti-Rassismus-Training. Notwendiger finanzieller Beitrag: 20 Euro, ermäßigt 10 Euro. Veranstalter ist die Barnimer Kampagne *Light me Amadeu – Rassismus erkennen & überwinden* (Anmeldung: kontakt@amadeu-antonio.de, Kontakt: Kai Jahns, Mobil 0163/4454711, www.amadeu-antonio.de)

Im Anti-Rassismus-Training wollen wir den weißen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit geben, die Mechanismen von Rassismus zu entdecken und Wege zu einer Verringerung von Rassismus zu finden. Das Training ist kein Seminar. Es geht nicht um die Diskussion von Rassismustheorien. Wir forschen vielmehr gemeinsam nach dem Ineinander von dem, was wir zum Rassismus beitragen und was strukturell in unserer Gesellschaft verankert ist. Im Training arbeiten wir mit verschiedenen Methoden: Plenum, Gruppenarbeit, Partnerinnen-/Partnerarbeit, Rollenspiel, Video. Die Gestalt der Arbeitsphasen entwickelt sich im Laufe der Tagung. Dabei kommt es zu einem Wechsel von Informations-, Verarbeitungs- und Reflexionsphasen (<http://www.phoenix-ev.org/anti-rassismus-training.html>).

Buchlesung mit Wladimir Kaminer,

»Meine russischen Nachbarn«, am Samstag, 25. September, 19 Uhr.

Die Fantasie von Kaminers russischen Nachbarn Andrej und Sergej, ihre Entschlossenheit, neue Wege zu beschreiten, sorgt in ihrem deutschen Umfeld immer wieder für Überraschungen...

Ort: Stadthalle »Hufeisenfabrik« Eberswalde

Trainer sind die Brüder Merih und Mutlu Ergün vom Verein Phönix e.V. Mutlu Ergün entwickelte u. a. gemeinsam mit Noah Sow die antirassistische politische Satire Edutainment Attacke, für die er bisweilen in Deutschland performt. Gerade ist von ihm *Kara Günlük – Die geheimen Tagebücher des SESPERADO* im Unrast Verlag erschienen. Zum Inhalt: Es darf über Rassismus gelacht werden. Mehr zum Buch hier: <http://www.unrast-verlag.de/unrast,3,0,593.html>.

Beim Verein Phönix e.V. wirkt eine starke Gruppe aus dem Land Brandenburg mit, es gibt also nach dem Seminar viele Ansprechpartner in der Nähe. Der Verein Phönix e.V. hat am 1. September für seine Arbeit den Aachener Friedenspreis erhalten.

Das Anti-Rassismus-Training wird vom Lokalen Aktionsplan Barnim im Rahmen des Bundesprogramms »VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« gefördert.

KAI JAHNS, Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit Eberswalde

Wenn man in die Jahre gerät, in denen man nicht mehr allzuweit von der durchschnittlichen Lebenserwartung der Deutschen entfernt ist, in die Jahre, da man fröhlich weiterpinkelt, obwohl die unteren Organe schon Vollzug signalisiert haben, in die Jahre, da die Haupthaare sich lichten zugunsten üppigen Haarwuchses aus Nase und Ohren, in die Jahre der Gelenkschmerzen und der Hartleibigkeit – kurzum: Wenn man älter wird, aber eigentlich schon alt ist und auch so aussieht, kommt man häufiger pro Monat zum Arzt als früher in einem Jahr. Und man lernt auch Spezialisten der Heilkunst kennen und deren spezielle Gerätschaften, von denen man in jüngeren Lebensphasen nur sehr aus der Ferne etwas wußte oder gar nichts: Fachärzte für Leber- und Nierenleiden zum Exempel oder solche, die sich ausschließlich mit Fersensporn und der Umgebung des Fußgelenks beschäftigen. Und man macht Extremerfahrungen im Prozeß der Diagnoseerstellung wie die in der Röhre, in die man zum Zwecke einer scheibenweisen Durchleuchtung geschoben wird, und meint, eine Tonbandaufnahme vom Manöver »Oktobersturm« des Warschauer Pakts selig zu hören. Es knallt, MG-Feuer ist auszumachen, die Einschläge der Katjuschas (auf- und abschwelldend), das Tucken eines T 54...

Keine Frage – es wird viel getan, was der Wahrheitsfindung dient, und die Dottores verdienen zwar nicht gerade üppig, aber den Respekt, dem immer auch etwas Angst beige mischt ist, und unsere Dankbarkeit verdienen sie jedenfalls.

Vor dem Hintergrund der ewig in den Wehen liegenden Großen Gesundheitsreform freilich wären ein paar andere, finanziell kaum aufwendige Veränderungen denkbar, die würden sie realisiert, dem Wohlbefinden der Patienten dienen und dem Ansehen der Ärzte helfen könnten. Es handelt sich dabei um Reförmchen eher atmosphärischer Natur rund um den Mikrokosmos Wartezimmer. Um eigentliche Kleinigkeiten, die man unter dem Motto: »Was Sie Ihrem Arzt schon immermal sagen wollten...« zusammenfassen könnte. Aber wer traut sich schon, die Herren und INNEN der Befunde und Diagnosen möglicherweise zu reizen durch keckes Auftreten? Nur, weil eine/einer sich erst drei Minuten nach dem Eintreten des Patienten vom Computer ab- und dem Häufchen Elend zuwendet, grußlos, macht man doch kein Gewese. Solche Fälle sind selten. Andere häufiger und weithin normal.

Wer viel rumkommt und sich mit dem Alter nicht nur Starrsinn, sondern auch Couragiertheit zu wachsen ließ, fände reichlich Gelegenheit zum Aufmucken. Wenn die Schwester an der Anmeldung mit dem »Neuzugang« plaudert über die Gründe für die Konsultation, (»... und wo sitzt der Schmerz? ...am linken Hoden...«) der Patient kurz danach mit einem Reagenzglas und dem Nachruf »Mittelstrahl beachten!« zum Klo geschickt wird, das er kurz danach im Zeitlupenschritt verläßt, bedacht, keine Urintröpf-

In den Wartezimmern der weißen Zunft:

»Na, wo fehlt es uns denn ...?«

chen auf die feine Auslegeware überschwappen zu lassen, dann aufgefordert wird, seinen Namen auf ein Pflästerchen zu schreiben, was auf das Röhrchen mit der Urinprobe zu kleben sei, und ihm dann beschieden wird, im Wartezimmer Platz zu nehmen, wo ihn eine verhalten grinsende Gruppe empfängt, Leute, die die gleiche oder ähnliche Prozedur schon hinter sich haben, dann weiß der arme Hund, was Schutz der Intimsphäre heißt. Der Unsinn, Anmeldung und Warte- oder gar Vorwartezimmer türnenlos in einer Art Großraumbüro aufzulösen, hebt Vertraulichkeit auf. Und stellt Öffentlichkeit her, wo sie ganz und gar nicht hingehört.

Eine (selbst-)kritische Prüfung sei auch bezüglich der in manchen Wartezimmern ausliegenden Lektüre empfohlen. Zum einen stapeln sich Exemplare jener Illustrierten, die eigentlich typisch für Friseursalons der Billigklasse sind, meist mit halbgelösten Kreuzworträtseln. Angefangen mit »Bild der Frau« über »Herzblatt« bis hin zum »Bunten Blatt«. Und so weiter. Zum anderen wird auf die Kitsch- und Schmuddelpresse zwar verzichtet, dafür jedoch Schrifttum ausgelegt, das die psychische Befindlichkeit der Patienten gründlich ignoriert. Wer da zwischen Hoffen und Bangen, meist mehr bangend als hoffend, im Warteraum hockt, dürfte kaum danach gieren, nach Heftchen zu greifen, die da heißen: »Magenkrebsvorsorge für jedermann«, »Hörschaden und ihre Folgen« oder »Zehn Empfehlungen für Alkoholkranken«. Gut gemeint und zu anderer Zeit und anderenorts vielleicht nützlich, im Zimmer der Wartenden aber völlig fehl am Platze. Bei einem Augenarzt – um Alternatives in Spiel zu bringen – lagen EULENSPIEGEL, der Eberswalder HEIMATKALENDER und DAS MAGAZIN aus, und die Wände des Raumes zierten Aquarelle eines ungenannten Meisters. Der seine Kundschaft persönlich und freundlich aus dem Wartezimmer abholte. Es geht auch anders, aber SO geht es auch. Ein anderer, inzwischen pensionierter Mediziner, gab eines seiner Interessengebiete dadurch preis und dergestalt an seine Klienten weiter, daß er die (sauteure) Kunstzeitschrift ART auf dem Wartezimmertisch auslegte. Vielleicht, daß der eine oder die andere über das bloße Durchblättern hinaus was entdeckte, das ihn oder sie mehr fesselte als eine neue Zote von Oliver Pocher in einem der bunten Blätter. Solche vertrauensbildenden »Maßnahmen« sind auch geeignet, beim Patienten das Gefühl zu verdrängen, daß zwar sein kränkelndes Organ korrekt, er selbst aber – der »Objekträger« – eher mit einer gewissen Herablassung behandelt wird. Wer BILD ins Wartezimmer legt, kann noch so oft behaupten, die Leute täten's mögen, im Grunde aber spiegelt dies wider, was der Medikus von seiner Patientenschaft hält.

Wer auf gutem Fuß mit »seinem« Arzt steht, egal ob Spreiz- oder Senkfuß, wird, möglicherweise knurrend, auch hinnehmen, daß zwischen Bestellzeit und eigentlicher Konsultation mitunter einige Stunden liegen. Und der Arzt wird ihm erklären, weshalb das so ist.

Ob dabei zur Sprache kommt, warum es seit Urzeiten und trotz zu vermutender einschlägiger jahrelanger Erfahrung immer noch und immer wieder zu Überlängen kommt, ist fraglich. Ein akuter Fall, eine überraschende Frühgeburt, das plötzliche Ausflippen eines Suchtkranken kommen nicht alle Sprechstunden vor und wären Erklärung genug für Verzögerungen, die aber auch an ruhigen Tagen zur Norm geworden sind. Es muß doch mit Äskulaps und der Hilfe des Hippokrates möglich sein, einigermaßen realistische Termine zu vergeben. Keiner wird seine Wartezeit mit der Stoppuhr messen, und kaum jemand wird aufbegehren, wenn mal ein Stündlein anfällt. Mehr jedoch und dies ständig macht Unmut, ist aber so selten nicht. Es gibt den verbürgten Vorfall, daß eine alte Dame weit über drei Stunden wartend verasaß, dann all ihren Mut beisammen nahm und leise, sehr leise, protestierte. »Suchen Sie sich doch einen anderen Arzt«, das war die Reaktion des Schnösel im weißen Kittel, dem es nicht einfiel, sich die eigene Mutter in dieser Situation Vorzustellen.

Ein Ausnahmefall, gewiß, und er soll nicht aufgebauscht werden. Keine Ausnahme, sondern weithin üblich, ist die Beschallung der Warteräume mit Musi, Musike und Musik. Mag eine Folge sanfter Sphärenklänge günstig für die Gemütslage der Hörer sein – bei der Zwangsanhörung der Wildecker Herzbuben (beim Kardiologen) dürften schon Patientenparteiungen entstehen, ablesbar an angeekelten oder verzückten Gesichtern. Auch Ohrenschmäuse a la Patrick Lindner nerven mehr als sie Heiterkeit in der Warteschleife erzeugten. Man ist Patient und nicht zu Gast bei Florian Silberblick. Wenn schon Klänge, dann paßten leise Töne Mozarts oder Vivaldis ins Wartezimmer, eine Musik, die ihre Hörer aufnimmt, sie öffnet und mit nobler Gelassenheit versorgt.

Das alles aufzuschreiben hat schon Mut und Mühe gekostet und ist letzten Endes doch nur Beleg für Feigheit. Für ein direktes Wort an »meinen« HNO-, Zahn-, Haut- und Augenarzt, an den Urologen und die Orthopädin, an die Internistin und den Röntgenarzt, die ich allesamt schätze und denen ich vertraue, fehlte wieder mal der Mater Courage, von dem ich weiß, daß er in mir steckt. Aber wie sollte ich ihn rauslassen, wenn ich allein in den nächsten vierzehn Tagen vier Termine habe?

FRED WALDMANN
(Deckname!)

5. Stadtteilstfest: »Fit im Viertel«

Eberswalde (bbp). Nachdem am 4. September auf dem Potsdamer Platz die Eberswalder LINKEN ihren »ROTEN Sommer« mit den Einwohnerinnen und Einwohnern des Brandenburgischen Viertels feierten, steht nur eine Woche später, am Sonnabend, dem 11. September, mit dem 5. Stadtteilstfest ein nächstes »Event« auf dem Programm. Unter dem Motto »Fit im Viertel« geht es von 14 bis 18 Uhr auf dem Gelände des »Club am Wald«, Senftenberger Straße 16, vor allem sportlich zu. In dem größten Eberswalder Wohngebiet gibt es die unterschiedlichsten Möglichkeiten sich körperlich und geistig fit zu halten.

Wie die Quartiersmanagerin Cornelia Sprengel mitteilt, wollen Mitglieder der verschiedensten Vereine und Einrichtungen auf ihre Angebote aufmerksam machen und gemeinsam mit den Bewohnern einen aktiven

sportlichen Nachmittag gestalten und erleben. »So führen z.B. auf der Skateranlage junge Menschen ihre BMX-Künste vor und wollen so Interesse und Anerkennung für ihren Sport wecken. Beachvolleyball, Kleinfeld-Fußball, Kegeln u.v.a.m. laden zum Mitmachen ein. Ob Familienspiele im Freien, Geschicklichkeits- oder Bewegungsspiele, mal eine Partie Schach oder Poker mit den Nachbarn – für jeden wird etwas dabei sein«, versichert die Quartiersmanagerin.

Auch das diesjährige Rahmenprogramm ist sportlich geprägt. So stellen Tanzgruppen für Groß und Klein ihr Können unter Beweis und laden zum Mitmachen ein. Viele weitere Mitmach-Angebote versprechen Spaß und Aktion. Für das leibliche Wohl, so Cornelia Sprengel, sorgen Kaffee, Kuchen und Deftiges. Der Eintritt zum 5. Stadtteilstfest »Fit im Viertel« ist frei.



Am 4. September sorgte auf dem Potsdamer Platz die Gruppe »Plusquamperfekt« für gute Stimmung der zahlreichen Gäste des ROTEN Sommerfestes der Eberswalder LINKEN, das in diesem Jahr erstmals im Brandenburgischen Viertel stattfand.

Burg-Kultur Verein Storkow e.V.:

Zehn Jahre Schülerstreik in Storkow

Mittwoch, 15. September, 17.00 Uhr Burg Storkow

Storkow (gt/bbp). Vom 11. bis 19. September im Jahr 2000 kämpften in einer dramatischen Aktion Schüler der Europaschule Storkow um den Erhalt der Abiturstufe in ihrem Heimatort und machten damit bundesweit Schlagzeilen. Mit großartigem Engagement und Unterstützung durch Storkower Bürger und ehemalige Schüler verhinderten sie die von den Politikern schon beschlossene Auflösung ihrer Abiturklassen und zeigten so politische Verantwortung und Zivilcourage. Der Storkower Autor und Querdenker Dr. Rainer Thiel dokumentierte damals den »Klassen«kampf in seinem Buch »Schülerstreik in Storkow«.

Eine Lesung des Buches im April 2006 dienten Schülerinnen und Schülern der Albert-Einstein-Oberschule im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde als Anregung, ihrerseits den Widerstand gegen die geplante Schulschließung in Form eines Schülerstreiks zu

führen. In diesem Fall erwiesen sich allerdings die verbündeten Schulschließer in Schulumt, Kreis- und Stadtverwaltung als stärker. Anstelle der schnell abgerissenen Einsteinschule wurden inzwischen für rund 12 Millionen Euro aufwendige Neu- und Erweiterungsbauten in den verbleibenden zwei Schulkombinaten in Eberswalde errichtet.

Aus Anlaß der 10-jährigen Wiederkehr des Schülerstreiks in Storkow wird Rainer Thiel am Mittwoch, dem 15. September 2010, aus seiner spannenden Dokumentation lesen. Zugleich lädt er zu einer Gesprächsrunde über Bürgerinitiativen gegen Politikerwillkür im Einzelnen und hochaktuelle politische Themen im Allgemeinen ein. Alle politisch interessierten Menschen sind herzlich eingeladen.

Mittwoch, 15. September 2010, um 17.00 Uhr im Fachwerkhaus der Burg Storkow. Veranstalter: Burg-Kultur Verein Storkow. Der Eintritt ist frei (Spenden erbeten).

Vom Winde verweht

Gedichte auf Spruchbändern

Eberswalde (un). Gedichte im öffentlichen Raum zu präsentieren und somit zu einer Art Alltagslyrik werden zu lassen, hat sich die Gruppe un schon vor Jahren vorgenommen.

Entstanden war diese Idee ursprünglich aus dem Wunsch, die Texte ähnlich wie Bilder den Menschen zu zeigen, sie zu einer zufälligen Begegnung bereitzustellen. Vielleicht auch als eine lohnende Entdeckung für all jene, die mit offenen Augen und ohne Hatz durch die Straßen unserer Stadt gehen. Zugleich existierte die Wunschvorstellung, durch großformatige Gedichte in unbenutzten Schaufenstern auf den Leerstand aufmerksam zu machen, der sich mehr und mehr in den Innenstädten hier wie andernorts breitmacht.

Zwischen 2004 und 2006 druckte die Gruppe un etwa 20 Gedichte auf Pergamentpapier und hängte sie im monatlichen Wechsel in ein Schaufenster in der Goethestraße. Die Versuche, die »Schaufenstergedichte« in anderen Räumen auszuhängen, scheiterten am enormen Aufwand und an der Erfolglosigkeit, Hausbesitzer leerstehender Geschäfte herauszufinden.

Schließlich gab es im Zuge der Aktionen zur Belebung der Eisenbahnstraße noch einmal eine Gelegenheit, die Gedichte öffentlich zu machen: im Winter 2010 in den Geschäftsräumen des einstigen »Modeeck«, Eisenbahnstraße/Ecke Ludwig-Sandberg-Straße. Bald darauf wurde der Kontakt zum Optiker »Hoffmann & Ewert« hergestellt, dessen Inhaber die Idee gefiel, Gedichte auf Transparenten an der Fassade zu befestigen und somit drei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Aufmerksamkeit für sein Geschäft, Kunst in der Eisenbahnstraße und Veröffentlichung von Gedichten.

Nun waren Texte zu schreiben, die schmal genug waren, um auf ein 90 cm breites und ca. 6 m hohes Spruchband zu passen und trotzdem von der gegenüberliegenden Straßenseite noch lesbar zu sein. Herr Hoffmann ließ die Spruchbänder drucken. Eine Woche vor dem Eisenbahnstraßenfest war alles fertig, die Sonne strahlte auf die leuchtend weißen Spruchbänder am grünen Haus, alle waren voller Stolz und Vorfreude...

So weit so gut. Nur die Naturgewalten in Form von starkem Wind stellten sich dagegen, so daß die Spruchbänder Mitte der Woche so ramponiert und trotz Reparaturversuchen unbrauchbar geworden waren, so daß sie abgenommen werden mußten. Ärgerlich. Schade.

Nun aber gibt ein guter Geschäftsmann nicht so schnell auf, noch dazu in Eberswalde, wo fast jeder jeden kennt. Die Transparente wurden quasi über Nacht im Nähstudio der Lebenshilfe gekürzt und umgenäht und sind nunmehr bereit zum Einsatz als Wanderplakate. Das »Matisse« hat sich schon als nächste Station angeboten. Also Augen auf! Bestimmt werden die beiden Transparente immer mal wieder irgendwo in der Stadt zu sehen sein.

Interkulturelle Woche 2010 im Landkreis Barnim

Freitag – Sonntag, 17. - 19. September: Antirassismustraining für Weiße (Seite 13).

Samstag, 18. September, 11 bis 16 Uhr: Fahrt für Senior/innen aus Eberswalde zum 18. Evangelischen Gemeindetag für Aussiedler/innen und Einheimische nach Berlin-Marzahn (Eigenanteil 10 Euro, Anmeldung bei: Diakoniewerk Barnim, Frau Stolz, Tel. 03334-279996).

Mittwoch, 22. September, 18 Uhr: Filmabend »Der Tango der Rashevskis«. Die Rashevskis sind das, was man eine sehr liberale jüdische Familie nennen könnte. Doch als die Großmutter Rosa 81-jährig verstirbt, sind ihre Kinder und Enkelkinder alles andere als vorbereitet.... 100 Minuten Familienwirrwarr. Ort: Christlich Missionarische Gemeinschaft (CMG), Breitscheidstr. 43 a (hinter der Bibliothek) 16321 Barnau. Veranstaltet durch: Jüdische Gemeinde LK Barnim e.V. und CMG

Samstag, 25. September, 13 bis 17 Uhr: 8. Internationales Kinderfest (Seite 12).

Sonntag, 26. September, 09.15 Uhr: Gottesdienst zur Woche. Thema: Zusammenhalten – Zukunft gewinnen. Integrationsfeld Brandenburgisches Viertel. Ort: Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Potsdamer Allee 35, 16227 Eberswalde

Donnerstag, 30. September, 18 Uhr: Begegnung für Tischtennisbegeisterte mit Turnier und Gesprächen. Ort: Stadtteilzentrum Barnau-Süd, Merkurstr. 17 A, 16321 Barnau. Veranstaltet durch: SHG »MundM« der Migrationsberatung des Diakoniewerkes Barnim in Kooperation mit dem Stadtteilzentrum Barnau-Süd / »Sprungbrett« e.V.

Donnerstag, 30. September: Bildungsfahrt zu den Gärten der Welt. Bernauer Zugewanderte besuchen im Rahmen ihres Deutschkurses die Gärten der Welt in Berlin-Marzahn. Veranstaltet durch: BBZ e.V., Breitscheidstr. 41, 16321 Barnau

Freitag, 1. Oktober: »Überlebenskunst / Über-Lebenskunst / Überlebens-Kunst«. Eröffnung der Ausstellung des kolumbianischen Künstlers Alberto Jérez zum Schicksal von Verschwindenden in Kolumbien und deren Angehörigen. Ort/Veranstalter: Klub »Am Steintor«, Berliner Str. 1, 16321 Barnau. In der Zeit vom 29.09. – 06.10.2010 werden dazu spezielle Projektstage für Barnimer Schulen angeboten. Veranstaltet durch: Klub »Am Steintor«

1. OKTOBER — TAG DES FLÜCHTLINGS. Motto: »Mit Diskriminierung macht man keinen Staat«

Samstag, 2. Oktober, 20 Uhr: Lateinamerikanischer Abend. Mit Musik, Tanz, lateinamerikanischem Essen. Ort: Klub »Am Steintor«, Berliner Str. 1, 16321 Barnau. Veranstaltet durch: Klub »Am Steintor«

Montag, 4. Oktober 15 Uhr: »Älter werden in Deutschland«. 3. Informationstreffen für Barnauer Senioren/innen mit Migrationshintergrund. Ort: Stadtteilzentrum Barnau-Süd, Merkurstr. 17 A, 16321 Barnau. Veranstaltet durch: Migrationsberatung des Diakonischen Werkes Barnim in Kooperation mit dem Modellprojekt »Mitten im Leben: Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste und Einrichtungen in Brandenburg«, Hoffnungstaler Anstalten und Beauftragte für Migration und Integration LK Barnim.

Donnerstag, 7. Oktober, 18 Uhr: Streetworker aus Leidenschaft. Waldemar Jungbluth vom Diakonischen Werk Potsdam e.V. berichtet über die Straßensozialarbeit im sibirischen Abakan und in Potsdam. Ort: Stadtteilzentrum Barnau-Süd, Merkurstr. 17A, Barnau. Veranstalter: Migrationsberatung des Diak. Werkes Barnim in Kooperation mit dem Stadtteilzentrum Barnau-Süd (»Sprungbrett« e.V.)

Sicherheitswesten

Eberswalde (bbp). Auf Anfrage der Stadtverordneten Angelika Röder (SPD) teilte der Erste Beigeordnete Lutz Landmann auf der Juni-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit, daß im Zusammenhang mit einer Ausschreibung des ADAC für die Schülerinnen und Schüler der drei Grundschulen in städtischer Trägerschaft insgesamt etwa 240 Sicherheitswesten angefordert worden sind. Jeweils etwa 60 Westen hätten die Grundschulen Finow und »Schwärsesee« geordert und 120 die Bruno-H.-Bürgel-Grundschule.

Freie Oberschule Finow:

Info-Veranstaltung

Zu einer Info-Veranstaltung für Eltern, Schülerinnen und Schüler lädt die Freie Oberschule Finow am Dienstag, den 14. September, 16 Uhr in das Dietrich-Bonhoeffer-Haus (Potsdamer Allee 35, 16227 Eberswalde) ein.

Filmabend

Am Sonnabend, den 18. September lädt die Freie Oberschule Finow ab 17 Uhr zu einem Filmabend ein. Auf dem Programm stehen Ausschnitte aus Filmen des Eberswalder Filmfestes, darunter auch Filme, die dort nicht gezeigt wurden, weil sie thematisch nicht ins Festival paßten. Der Trägerverein wird für das passende Ambiente und das leibliche Wohl sorgen.

Freie Oberschule Finow e.V.,
Biesenthaler Straße 14/15
(www.freie-oberschule-finow.de)

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Braunschweig, S. Markmann, G. Markmann (3), Nikitschenko, Triller, VI Alleen

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktions-schluß: 2. September 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 2.10.2010, 12 Uhr.